

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: P. Umbreit,
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 1,50.

Inhalt:

Rückblick auf das Jahr 1907	Seite 1	Kongresse. Nationale Konferenz aller im	Seite
Wirtschaftliche Rundschau	4	Transport- und Verkehrswesen beschäf-	
Arbeiterbewegung. Zum Buchdruckerarif. — Aus		tigten Arbeiter Englands.	11
den deutschen Gewerkschaften. — Die Confede-		ratione generale del Lavoro und die Ge-	
werkschaften in Italien. — Aus der russi-		schon Gewerkschaftsbewegung. — Der ameri-	13
kanische Arbeiterbund im Jahre 1907.	5	Arbeiterversicherung. Das Wahlrecht der Frauen	15
		in den Krankenkassen	16
		Mitteilungen. Für unsere Leser	

Rückblick auf das Jahr 1907.

Das Wirtschaftsjahr 1907 zeigte eine doppel-
läufige Bewegung; seine erste Hälfte stand noch im
Zeichen des Fortschrittes, die letztere Hälfte dagegen
wies untrüglige Merkmale des unaufhaltsamen
Rückganges auf. Es war der Wendepunkt der Wirt-
schaftsperiode. Nach einer vierjährigen Prosperität,
die Mitte 1903 einsetzte und anfangs 1905 sich zu
einer beispiellosen Hochkonjunktur entfaltete, kaum
getrübt von der Rückwirkung der kritischen Zwischen-
fälle in Rußland, begann im Juli 1907 die Dep-
ression, eingeleitet durch eine Geldknappheit auf
dem amerikanischen Markt und eine Anzahl von
Zahlungseinstellungen, die auch in Deutschland ihre
Opfer nach sich zogen. Hier hatte die Geldstodung
schon für das Baugewerbe eine äußerst prekäre Lage
geschaffen; auch andere Industrien waren in ihrer
Beweglichkeit erheblich beschränkt. Immerhin blieb
das Gesamtbild noch bis zur Jahresmitte ein günsti-
ges und in manchen Industrien war auch am Jahres-
schluß die Lage noch wenig verändert. Wie rapid
der Umschwung sich vollzog, zeigen folgende Monats-
ziffern der Arbeitsuchenden, die die Zeitschrift
„Der Arbeitsmarkt“ in ihrer jüngsten De-
zember-Nummer (Nr. 3) veröffentlicht. Danach ent-
fielen im Vergleich zum Vorjahr 1906 auf je 100
offene Stellen in den ersten elf Monaten des
Jahres folgende Ziffern der Arbeitsuchenden:

	Januar	Februar	März	April	Mai	Juni
1906	189,6	125,8	102,5	99,3	101,5	102,8
1907	126,2	106,8	94,9	97,8	100,7	94,4
1907 weniger:	13,4	18,8	7,6	2,0	0,8	7,9
	Juli	August	September	Oktober	November	
1906	105,4	98,4	91,3	107,3	133,6	
1907	115,1	106,9	101,1	123,1	149,7	
1907 mehr:	9,7	8,5	9,8	15,8	16,1	

Der Gegensatz der Bewegung dieser beiden
Zahlenreihen kann kaum krasser hervortreten. Bis
zur Jahresmitte bleibt das Angebot von Arbeits-
kräften ständig hinter dem der gleichen Monate des
Vorjahres zurück; vom Juli ab zeigt sich eine der

ersteren direkt entgegengesetzte Tendenz, daß das Ar-
beitsangebot dasjenige des Vorjahres weit überwiegt
und gegen den Jahreschluß hin in geradezu auf-
fallender Weise anschwillt. Das ist der jähe Ein-
bruch der Wirtschaftskrise, die zwar seit langem er-
wartet, aber trotzdem unvermittelt und stürmisch ein-
tritt und durch ihre verherenden Wirkungen die
Schrecken der winterlichen Arbeitslosigkeit um ein
beträchtliches erhöht. Bereits zeigt die Arbeits-
losigkeit einen ziemlich hohen Stand. Eine Teil-
enquete der Berliner Gewerkschaften ergab für Mitte
Dezember 15 888 Arbeitslose, während beim Central-
verein für Arbeitsnachweis zu gleicher Zeit 11 385
Stellenfuchende eingezeichnet waren. Beide Ergeb-
nisse lassen einen erheblichen Teil der Arbeitslosen
unberücksichtigt, der wirkliche Stand der Arbeits-
losigkeit in Berlin wird vom „Vorwärts“ auf 30 000
geschätzt. Danach ist kein Zweifel, daß wir nun in
den Beginn eines wirtschaftlichen Niederganges ein-
getreten sind, dessen Umfang und Drucl sich aus-
dehnen wird und wahrscheinlich frühere Depressionen
übertreffen dürfte. Denn je wilder die Hochkon-
junktur, je stürmischer der Wettbewerb auf dem Welt-
markt war, desto schwerer lastet die Krise. Die
Kartellierung der Industrie dürfte an diesem Reful-
tate sehr wenig ändern; sie wird zur Neubelebung
der Produktion fast nichts beitragen und auch die
Massenentlassungen überschüssiger Arbeitskräfte nicht
verhindern, die jetzt bereits beginnen.

Angeichts dieser Entwicklung der Wirtschafts-
ausichten haben die Gewerkschaften in erhöhtem
Maße die Pflicht, eine Schutzwehr der Ar-
beiter zu sein. Sie müssen nicht nur für die
Massen der Arbeitslosen sorgen, die jetzt dem Ar-
beitsmarkte zufließen und durch ihr wachsendes Ar-
beitsangebot einen ungeheuren Drucl auf die Löhne
und tariflichen Lohnsätze ausüben, sondern sie haben
auch den Widerstand zu organisieren gegen den Drucl
des Unternehmertums, das, durch die Lage des Ar-
beitsmarktes begünstigt, gegen die gewerkschaftlichen
Errungenschaften anlämpft. Um dieser verant-
wortungsvollen Doppelaufgabe gewachsen zu sein,
müssen die Gewerkschaften sowohl in bezug auf
Umfang und Finanzverhältnisse, als auch in ihrer

b) Sekretariate.

Arbeitersekretäre gesucht in Bochum 47; Elberfeld 548; Eßlingen 596; Heidelberg 500; Kiel 319; Lübeck 662; Mühlhausen i. El. 238; Neumünster 143; Stettin 352. Arbeitersekretäre gewählt in Kiel 436; Neumünster 206.

Genossenschaftliches.

Genossenschaftstag, Vom fünften deutschen 453*.
Großeinkaufsgesellschaft und Hamburger „Produktion“ 255.
Jahrbuch des Centralverbandes deutscher Konsumvereine 94*.

Anderer Organisationen.

Bund technisch-industrieller Beamten, Außerordentlicher Bundestag 610*, 711.
Christliche Gewerkschaften: Vergleute 788; Christliche Arbeiterbewegung in Deutschland 697*; Christliche Wahrheitsverbreitung 647*; Fall Behrens 319*; Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung 729*; Gewerkschaftsinternationale, Eine christliche 562*; Innere Entwicklung der Gewerkschaften M.-Glabbacher Richtung 581*, 597*, 636; „Liebet eure Feinde“ 679*; M.-Glabbacher Geschichtsschreibung 774*; M.-Glabbacher Gewerkschaftskonfusion 663*; Nahrungsmittelarbeiter-Verband 483*; Nationalistische Gewerkschaftspolitik 263*; Neue Schwindelnotiz 695; Partei oder Gewerkschaft? 113*; Terrorismus 95*; 188*; Verrat an der Arbeiterschaft 189.
Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften, Achter Kongreß 77*; „Einigkeit“ 27.
Gelbe Organisationen, Das Ende der G. in der Schweiz 47; G. in Oesterreich 238*; G. Handlungsgehilfen 694*; Liberaler Kongreß gegen die Gelben 467.
Handlungsgehilfenbewegung, Aus der 87, 694*.
Kirch-Dunkerische Gewerkschaften: Das neue Programm 190*; Gelbsucht der Gewerkschaften 820; in amtlicher Beleuchtung 710; Mitgliederflucht 744*; Streikbrecherlieferung 631*, Verleumdung am Pranger 467, 647.
Polnischen Gewerkschaftsbewegung, Aus der 532.
Verleumdungsbüchse, Vom bürgerlichen 662*.
Zeichner, Konferenz 185, 314, 378*; Verbandstag 27.

Mitteilungen.

Aufruf betr. Organisation der Barbier- und Friseurgehilfen 711*.
Aufruf der Transvaaler Arbeiter an die Arbeiter deutscher Sprache 727.
Bestellungen auf Neudruck des Corr.-Bl., Jahrgänge 1891—1899: 160.
Beamte für Bureau der Generalkommission gesucht 500, 516.
Mitteilungen betr. Corr.-Bl. 16, 96, 239, 303, 336, 452, 564, 632, 788, 828.
Mitteilungen der Kommission zur Beseitigung des Kost- und Logiszwanges 48.
„Referentenführer“ 144.
Reichsvereinsgesetz, Broschüre betr. 352.
Sechster Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands 193*, 305*, 337*; Protokolle betr. 500.
Statistik der Arbeitersekretariate betr. 48; — der Gewerkschaftskartelle betr. 48, 63, 143.
Quittungen der Generalkommission über Quartalsbeiträge 32, 96, 160, 239, 303, 383, 452, 580, 596, 664, 727, 804.

Quittungen über eingegangene Unterstützungsgelder: a) allgem. Sammlungen 96, 160, 239, 580; b) für Tabakarbeiter 32.

Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten: Abrechnungen 144, 207*, 436, 632; Anmeldungen 32, 48, 63, 80, 96, 127, 191, 208, 239, 279, 320, 368, 468, 483, 532, 580, 632, 648, 744, 778, 804, 820.

Literarisches.

Literaturverzeichnisse 64*, 96*, 128*, 191*, 239*, 248*, 280*, 368*, 383*, 452*, 484*, 564, 611*, 696, 827*. Insbesondere:
Publikationen der Gewerkschaften 64, 96, 128, 191, 239, 280, 368, 383, 452, 564, 611, 696, 827.
Publikationen der Gewerkschaftskartelle und Sekretariate 64, 128, 191, 240, 280, 383, 452, 611, 696.
Publikationen der Genossenschaften 280, 828.
Publikationen der Krankenkassen 280, 452, 612, 696.
Partei-Publikationen 64, 128, 191, 240, 280, 452, 612, 696, 828.
Publikationen anderer Organisationen 64, 192, 484, 612, 696, 828.
Amtliche Publikationen 192, 248, 384, 452, 612.
Sozialpolitische Literatur 64, 128, 192, 240, 248, 384, 484, 612, 828.
Sonstige Literatur 64, 96, 128, 612, 828.
Zeitschriftenchau 96.
Bücherbesprechungen 49*, 65*, 94*, 112, 129, 160, 256*, 303*, 352, 368, 468, 548, 672, 697*, 728, 804.

Anhang.

(Der Anhang trägt schräge Seitenziffern. Man vergleiche deshalb das Spezial-Inhaltsverzeichnis).

Statistische Beilagen des Correspondenzblatt.

1. Der deutsche Arbeiterschutz im Jahre 1906 1—28
 2. Die deutsche Arbeiterversicherung im Jahre 1906 29—76
 3. Die deutschen Arbeitersekretariate im Jahre 1907 77—108
 4. Die deutschen Gewerkschaftskartelle im Jahre 1907 109—140
 5. Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907 141—164
 6. Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1907 165—196
 7. Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1907 197—216
 8. Der Arbeitsmarkt im Jahre 1907 217—260
 9. Die deutschen Gewerbe-, Berg- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1907 261—271
- Verichtigungen zu den Statistischen Beilagen 272

Adressen-Beilagen des Correspondenzblatt.

(Die römische Ziffer gibt die Nummer der Adressen-Beilage, die deutsche die Seitenziffer an).

- Agitationskommissionen I₃, II₃, III₃
Arbeitersekretariate I₄, II₃, III₄
Ausländische Gewerkschaftsadressen I₁₀
Centralverbände, Deutsche I₂, II₂, III₂
Generalkommission I₂, II₂, III₂
Gewerbeinspektionen III₁₁
Gewerkschaftskartelle I₄, II₄, III₅
Gewerkschaftspresse I₉, III₁₀
Internationale Gewerkschaftssekretariate I₁, II₁, III₂
Landescentralen der Gewerkschaften I₁, II₁, III₁
Sozialistische Presse Deutschlands I₁₅, III₁₅

Auch sonst hat das Unterstützungswejen der Gewerkschaften manche Vervollkommnung erfahren, die sich in der nächsten Zeit praktisch erproben wird. Eine Reihe von Organisationen haben teils die Kranken-, teils die Erwerbslosenunterstützung eingeführt; bei anderen sind diese Unterstützungsweije nach Ablauf der notwendigen Karenzfristen nunmehr in Kraft getreten, so daß die Mitglieder dem Drucke der Not gerüsteter als in früheren Perioden gegenüberstehen. An dem Ausbau des gewerkschaftlichen Unterstützungswejes zeigt sich zugleich, daß die Gewerkschaften sich nicht damit begnügen, ihren Mitgliedern höhere Löhne zu erkämpfen, sondern daß sie einen erheblichen Teil dieser Lohnerhöhungen auch umsetzen in Fürsorge für die Sicherung der Zukunft.

Ihre wichtigste Aufgabe wird freilich nach wie vor die Erhaltung und Sicherung der gegenwärtigen Wirtschaftslage der Arbeiter sein. Und gerade das verfloßene Jahr war ein Kampfsjahr allerersten Ranges. Es ist sicher nicht am Platze, in Wirtschaftskämpfen die Schuldfrage aufzuwerfen, denn das Streben der Arbeiter nach höherem Anteil an den Erträgen des gewerblichen Fleißes wird erzwungen durch die stetig wachsende Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel und die Steigerung der Wohnungsmieten. Wenn aber am Ende einer wirtschaftlichen Hochkonjunktur, die den Unternehmern aller Industrien reiche Gewinne in den Schoß warf, die Arbeiter einen letzten Versuch wagen, auch für sich etwas zu erringen oder eine längst zurückgestellte Forderung nach Arbeitszeitverkürzung endlich durchzuführen, besonders mit Rücksicht auf das bevorstehende Anschwellen der Arbeitslosigkeit, so läßt sich das weit eher begreifen, als wenn die Unternehmer sich mit einer Zähigkeit gegen solche Forderungen wehren, die lediglich die Absicht erkennen läßt, die Gewerkschaften durch Machtkämpfe weißzubluten. Die ganze Entwicklung der Unternehmerorganisationen und ihre Aussperrungstechnik ist von der letzteren Tendenz getragen, die einer sachlich berechtigten Abwehrtaktik völlig fernliegt. Aber die Riesenkämpfe im Holzgewerbe, im Baugewerbe, im Schneidergewerbe, im Transportgewerbe, in der Textil- und Metallindustrie, haben die Gewerkschaften nicht lahmzulegen vermocht und als ihr Ergebnis tritt immer greifbarer hervor, daß das Unternehmertum sich der offiziellen Anerkennung der Gewerkschaften nicht mehr entziehen kann. Für eine ganze Reihe von Berufen sind die Tarifberatungen bereits in das Stadium zentraler Vereinbarungen zwischen den beiderseitigen Verbandsguppen getreten und damit ein Schritt zur Anbahnung von Einheits-tarifen getan. Und jeder größere Kampf bringt die Gewerkschaften diesem Ziele näher.

Freilich birgt diese Entwicklung auch neue Riesenkämpfe in ihrem Schoße, die ihre Vorgänger weit hinter sich zurücklassen. Wie weit sich diese Kämpfe vermeiden lassen werden, das wird sicherlich zu einem guten Teile von der Einsicht in die Kräfte und Verhältnisse des Wirtschaftslebens und von dem beiderseitigen Entgegenkommen abhängen, in erster Linie jedoch von der Stärke und Kampfesfähigkeit der beiden Organisationen und ihrem Einfluß auf Unternehmer und Arbeiter.

Das verfloßene Jahr war für die Gewerkschaften ein Kongressjahr sowohl in nationaler, als internationaler Bedeutung. Beinahe die Hälfte aller Gewerkschaften hielten ihre Verbandstage ab und der internationale Arbeiterkongreß zu Stuttgart bot zahlreichen Gewerkschaften den erwünschten An-

laß, mit ausländischen Berufsgeoffenen sich über die Weiterentwicklung der internationalen Organisation zu beraten. Im ganzen haben 14 internationale Berufskongresse und -Konferenzen stattgefunden, in denen fast ausnahmslos zutage trat, daß die deutschen Gewerkschaften in der internationalen Berufsorganisation die führenden Kräfte sind. Entspricht dies der hohen Entwicklung der deutschen Gewerkschaften, so erwächst diesen daraus im besonderen die Pflicht, noch mehr als bisher für die Förderung der Gewerkschaften im Auslande zu tun, sowohl, um den Kämpfen der internationalen Kapitalismächte wirksamer zu begegnen, als auch das Heer der widerstandslosen unorganisierten Lohnflaven zu verringern, das heute von einem Land ins andere geschickt wird und alle gewerkschaftlichen Erfolge gefährdet. Die Kämpfe des Berichtsjahres haben mehrfache Beispiele geboten, daß die Streikbrecher nicht allein aus gewerkschaftlich rückständigen Ländern kommen, sondern daß auch Länder mit gut entwickelten Gewerkschaften von der Streikbrecherschmach nicht verschont blieben. Hier ist dem internationalen Zusammenwirken der Gewerkschaften ein weites Feld der Tätigkeit geboten, das unmittelbare Erfolge verheißt.

Auf politischem Gebiete war der Ausfall der deutschen Reichstagswahlen das wichtigste Ereignis des Jahres. So wenig erfreulich derselbe für die Arbeiterbewegung war, so führte er doch zu einer besseren Einschätzung der Kräfte der bürgerlichen Parteien und der Mängel der eigenen Organisation und hat wesentlich dazu beigetragen, die letztere aktionsfähiger zu gestalten und inneren Reibungen den Boden zu entziehen. Die Entwicklung der parlamentarischen Verhältnisse hat uns gezeigt, daß die Blockparteien trotz ihres Wahlsieges sich in einer wenig beneidenswerten Lage befinden. Nur die Angst vor dem Zerfall hält den nationalen Block zusammen und verurteilt ihn zum Verzicht auf jede selbständige Politik. Angesichts dieser Situation hat die Regierung freie Hand und ihre sozialpolitischen Zugeständnisse fallen ziemlich kärglich aus. Das Reichsvereinsgesetz ist trotz der begrüßenswerten Rechtheinheit, die es schafft, im Sumpfe der Polizeiwirtschaft stecken geblieben. Seinen Verbesserungen für einzelne Bundesgebiete stehen Verschlechterungen für andere gegenüber und die Sprachenbeschränkung suchte selbst in den früheren Vereinsgesetzen an reaktionärer Einsichtslosigkeit vergeblich ihresgleichen. Auch die Gewerbeordnungs-novelle trägt den Stempel solcher Halbheit, die über die wenigen gebotenen Fortschritte keine rechte Freude aufkommen läßt, weil sie teils durch Rückschritte aufgewogen, teils durch weitgehende Ausnahmebefugnisse illusorisch gemacht werden. Der Centralverband deutscher Industrieller hat diesem Nachwerk seine Züge aufgetragen, — er ist der Faktor, der über die deutsche Sozialpolitik das entscheidende Wort fällt und der Regierung das Maß der Reformen begrenzt. Doppelt bedauerlich, daß bei dieser Konstellation der Reichstag weniger als je selbständiger Gestaltung fähig ist und daß von ihm eine erhebliche Verbesserung der Regierungsvorlagen nicht erwartet werden kann. Es wird dies jedoch die Krisis beschleunigen, der der nationale Regierungsbloc unaufhaltsam entgegenreißt, und die wahrscheinlich schon in diesem Jahre zu einer neuen Reichstagswahl führen wird. Hoffen wir dann, daß das deutsche Volk aus der kurzen Zeit der Blochherrlichkeit gelernt hat, daß sein Wohl am allerwenigsten den Händen der nationalen Schildhalter

Widderkraft derart entwickelt und befestigt sein, daß sie die Krisis ohne wesentliche Erschütterungen zu überdauern vermögen. Die bisherige Entwicklung der deutschen Centralverbände berechtigt uns zu der Erwartung, daß der wirtschaftliche Rückgang ihnen nichts anzuhaben vermag. Die größeren Gewerkschaften sind dank der Erziehung ihrer Mitglieder zur Opferwilligkeit sowohl in ihren Finanzen, als auch in ihren Organisationseinrichtungen durchaus sicher fundiert; auch für die meisten kleineren Organisationen trifft dies zu. Besonders erfreulich ist jedoch der Drang der kleineren Verbände nach Anschluß an größere Organisationen, der geleitet ist von der Notwendigkeit, die Kräfte im Widerstand gegen die Arbeitgeber zu konzentrieren. Er hatte zum Erfolg, daß im Berichtsjahr drei kleine Verbände in verwandten Berufsorganisationen aufgingen. Die Konditoren schlossen sich dem Bäckerverband, die Graveure dem Metallarbeiterverband und die Wäscharbeiter dem Schneiderverband an. Dazu ist auch der Anschluß der bisher sonderorganisierten Lithographen an den Senefelderbund zu verzeichnen. Weitere Verschmelzungsbestrebungen treten sehr lebhaft in den Graphischen Gewerben, im Baugewerbe, in der keramischen Industrie, in der Lederindustrie, in den Nahrungsmittelgewerben und im Transportgewerbe hinzu, sodaß kaum eine der größeren Berufsgruppen von solchen Erörterungen völlig freigeblieben ist. Bedürfen solche Pläne auch einer gewissen Zeit der Reife, so wird zweifellos der Druck der Wirtschaftskrisis auf diese Entwicklung beschleunigend wirken, so daß die folgenden Jahre weitere Zusammenschlüsse bringen werden.

Vor allem ist es mit Freude zu begrüßen, daß unter den bisher lokalistisch organisierten Arbeitern die ernststen Mahnungen der Arbeiterkongresse und Parteitage größeren Widerhall fanden und eine Anzahl von Berufsgruppen den Zusammenschluß mit den Centralverbänden in Kürze vollziehen wird. Die Schiffszimmerer und Maurer haben bereits den Uebertritt beschlossen; von den Zimmerern dürfte wenigstens ein Teil für den Zusammenschluß gewonnen sein, und auch bei den Bauhilfsarbeitern scheint sich der Anschluß glatt zu vollziehen. Diesem guten Beispiele wird sich hoffentlich der größte Teil der übrigen anschließen, so daß die Wiesenthal'sche Gruppe der Metallarbeiter, die den Zusammenschluß ablehnte, als Außenstehende wenig Gefolgschaft finden wird. Waren diese lokalistischen Gruppen auch seither an Stärke und Einfluß wenig bedeutend, so wirkte doch jede Zersplitterung der Arbeiterschaft nachteilig auf die Wirksamkeit der Gewerkschaften. Eine einheitliche Organisation aller Klassenbewußten Arbeiter kann also die Aktionskraft der letzteren nur stärken und ist daher ein Erfolg von nicht zu unterschätzendem Werte.

Die Entwicklung der Gewerkschaften im Berichtsjahre nahm nicht den stürmischen Verlauf der Vorjahre; sie stand mehr im Zeichen der Festigung, als der Ausdehnung. Nachdem in den beiden letzten Jahren die Mitgliederzahl um zirka 650 000 gestiegen, die Zahl der Indifferenten also erheblich vermindert war, konnte dieser Aufsaugungsprozeß nicht ins Ungemessene weitergehen. Auch der Uebergang von der Hochkonjunktur 1906 zur Wirtschaftskrisis 1907 konnte an den Gewerkschaften nicht ganz unbemerkt vorübergehen, sondern übte eine mächtige Wirkung aus. So können wir nach den uns vorliegenden Abrechnungen und statistischen Schätzungen von 50 Organisationen, die meist das dritte Quartal betreffen, nur von einer

Zunahme von etwas über 100 800 Mitgliedern berichten. Bei den übrigen Gewerkschaften dürfte mit einer Zunahme von etwa 30 000 Mitgliedern zu rechnen sein und der Jahresluß dürfte eine weitere Zunahme von 20—30 000 Mitgliedern bringen, so daß der Jahreszuwachs etwa 150 000 Mitglieder betragen dürfte. Unsere Hoffnung, im Jahre 1907 die zweite Million an Mitgliedern zu erreichen, wird vielleicht nicht ganz erfüllt sein, aber wir werden wenig dahinter zurückbleiben und das nahe Ziel kann nur anspornend auf alle Kräfte wirken. Besonders erfreulich ist die Tatsache, daß nur eine kleine Zahl von Gewerkschaften einen Mitgliederrückgang aufweist (bis jetzt liegen uns nur 3 statistische und 7 Schätzungsergebnisse mit etwa 5000 Mitgliedern weniger vor). Es ist dies ein Beweis, daß die Gewerkschaften, von geringen Schwankungen, wie sie alle Jahre vorkommen, abgesehen, ihren Bestand behaupten und sich demnach auch gegen die fernere Krisis als widerstandsfähig erproben werden.

Wichtiger noch als die Mitgliederzunahme ist die bedeutende Stärkung der Finanzkraft, die die Gewerkschaften im Berichtsjahre erreichten. Zweifellos wird das gewerkschaftliche Unterstüßungswesen in den nächsten Jahren einer Belastungsprobe ausgesetzt sein, wie nie zuvor. Bereits im dritten Quartal 1907 machte sich eine bedeutende Steigerung der Ausgaben für Arbeitslosen- und Reiseunterstützung bemerkbar, die die Ausgaben des gleichen Quartals 1906 fast um die Hälfte erhöhte. Diese Steigerung wird sich in den nächsten Quartalen in verstärktem Maße fortsetzen und das Frühjahr wird nur geringe Entlastung bringen. Aber gerade darin bewährt sich die gewerkschaftliche Fürsorge für die Arbeitslosen und ihre erhaltende Kraft, indem sie die Mitglieder vor dem gänzlichen Sinken in Pauperismus und Gleichgültigkeit bewahrt, ihnen an und durch die Organisation einen wirtschaftlichen Rückhalt verschafft. Wohl sollte es eigentlich eine Aufgabe des Staates und der Gemeinden sein, den Arbeitslosen durch Versicherung zu helfen; deshalb forderte der Stuttgarter Gewerkschaftskongress, daß das Reich einen Teil der Kosten der Arbeitslosenversicherung trage. Indes haben Reich, Staat, Gemeinden und Unternehmerklasse seither den Gewerkschaften diese Lasten allein überlassen, so daß angesichts der neuen Wirtschaftskrisis die Gewerkschaftskassen einer Aufgabe gegenüberstehen, die nur unter Aufgebot der allergrößten Opferwilligkeit zu bewältigen ist. Besonders ist es zu beklagen, daß die Rückständigkeit der öffentlichen Arbeitslosenfürsorge am schwersten die baugewerblichen Arbeiter trifft, deren Gewerkschaften bisher mit wenigen Ausnahmen außerstande waren, für ihre Mitglieder die Arbeitslosenunterstützung einzuführen. Hier zeigten sich die verhängnisvollen Folgen der Gleichgültigkeit der öffentlichen Gewalt in ihrer ganzen Schwere, und die Anklagen darob werden für sie um so vernichtender sein, als sie nicht mehr durch Unkenntnis der in Betracht kommenden Verhältnisse entkräftet werden können. Die seit 1903 mit Hilfe der Gewerkschaften geschaffene amtliche Arbeitslosigkeitsstatistik bot seit langem eine ausreichende Grundlage, die Frage der Reichsarbeitslosenversicherung zu lösen, die am zweckmäßigsten durch Subventionierung der gegenwärtigen Träger der Arbeitslosenunterstützung erledigt wird. Dann wäre es auch den Berufen mit hoher Saison-Arbeitslosigkeit möglich, diese Unterstützung einzuführen. Der Jahresabluß der Arbeitslosenstatistik wird uns Gelegenheit geben, gründlicher auf diese Frage einzugehen.

anvertraut werden kann sondern daß nur eine starke Vertretung der vorstrebenden Arbeiterbewegung den Reichstag zu einem Hort gegen das Kartell der Junter und Großindustrie machen kann, das im Centralverband der Scharfmacher und im Reichsverband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie im Verein mit der Reichsregierung zusammenwirkt.

Neue Kämpfe auf allen Gebieten stehen den deutschen Arbeitern bevor. In diesen Kämpfen wird es sich erweisen müssen, was unsere Organisationen leisten können. Aber die deutsche Arbeiterschaft wird in jeder Hinsicht ihre ganze Schuldigkeit tun und ihren Gegnern zum Bewußtsein bringen, daß die Gewerkschaft und die Sozialdemokratie die wirklichen Repräsentanten der deutschen Arbeiter sind!

Wirtschaftliche Rundschau.

Aus Jahresberichten: Konkurrenz der Kommunalanleihen, Arbeiten auf Vorrat oder Produktions-einschränkung, Abnehmerorganisationen gegen die Syndikate — Lage in Amerika, England und Deutschland.

Die Hochflut der pflichtmäßig fälligen Berichte und Wirtschaftsübersichten über das abgelaufene Jahr 1907 hat noch früher wie gewöhnlich begonnen. Aber diesmal ist trotz der vorherrschenden Beunruhigung das Interesse an ihnen eher schwächer als sonst, weil mit dem Beginn und der Vertiefung der amerikanischen Krise und des europäischen Rückschlages das Wesentlichste über die Wandlungen der letzten Periode schon gesagt und zusammengestellt wurde. Dennoch verdienen einige Beobachtungen anderer Art hervorgehoben zu werden.

Die Hamburger Handelskammer hofft, „daß es sich in Deutschland nur um ein Wetterleuchten des jenseits des Meeres sich austobenden Gewitters handelt“, denn „im großen und ganzen“ erscheine die Lage nicht nur des deutschen Handels, sondern auch der Industrie und der Schifffahrt Deutschlands als gesund. Etwas gesucht ist alsdann der Appell an die Gemeinden, zur Erleichterung des Leihkapitalmarktes mit ihren Unternehmungen und den dadurch bedingten langfristigen Anleihen und kürzerfristigen Darlehensaufnahmen nach Möglichkeit zurückzuhalten. Wir stießen schon oft bei anderen Gelegenheiten auf diese Rivalität zwischen privatem und öffentlichem Kreditbegehrt, und einzelnes, was die Hamburger Handelskammer anführt, weist sicherlich auf keine normalen Verhältnisse hin: „War es doch schon dahin gekommen, daß selbst kleinere Stadtgemeinden ihre Wechsel-Akzente in Umlauf setzten, weil sie ihre Anleihen nicht zu annehmbaren Bedingungen zu begeben vermochten. Aber ebenso wie die privaten Unternehmer jetzt täglich die Erfahrung machen, daß Geldmarkt und Konjunktur ihnen Zurückhaltung auferlegen, so sollen auch die Kommunen, die sich zumeist nur um die Beobachtung der gesetzlichen Formalitäten kümmern und im übrigen ihren Kredit für unerschöpflich halten, ihre Unternehmungen zügeln“. Als bedenklich überwuchernde Neigung wird sodann, in echt großkapitalistischer Anschauung, die Tendenz zum kommunalen Erwerb von Privatunternehmungen bezeichnet. Diese Warnung würde berechtigt sein, wenn sie die Gemeinden nur vor Uebersteuerung und Zinsüberlastung in Hochkonjunkturzeiten bewahren wollte. In den stilleren Perioden sollen aber die Gemeinden erst recht alle municipalsozialen

Anläufe unterlassen, weil das Gewinnfeld des Privatkapitals sowieso schon übergenug eingeschnürt sei!

Der Stahlwerksverband spricht in einer Zuschrift an den „Tag“ die Meinung aus: das Wachsen der Bevölkerung und das Fortschreiten der Kultur bedinge heute eine solche Zunahme des Eisensverbrauches, daß keine Produktionseinschränkung auf diesem Gebiete von langer Dauer sein könne. Offenbar von dem eigenen Interesse der möglichen Preishochhaltung geleitet, kommt der Verband weiter zu dem Ergebnis, daß eine vorübergehende entschlossene Produktions-einschränkung einem mühsamen Fortwursteln und einer Anhäufung von Vorräten vorzuziehen sei. Das ist ganz amerikanisch gedacht und es scheint, daß unsere Syndikatspolitik mehr und mehr in dieses Fahrwasser hineintreibt: „Die gegenwärtigen Verhältnisse erzwingen eine Einschränkung. In den Vereinigten Staaten wird sie durch rücksichtsloses Stilllegen ganzer Werkanlagen in schärfster Weise durchgeführt, und auch bei uns paßt sich automatisch die Produktion dem Verbrauche an. In Robeisen und Halbzeug vermögen sich die Hüttenwerke wohl einen gewissen Vorrat hinzulegen, indessen ist die Grenze dadurch gegeben, daß die Werke in der Hauptsache mit der eigenen Verarbeitung dieser Vorräte rechnen müssen. Auch in Trägern kann etwas mehr als sonst auf Vorrat gearbeitet werden in dem Maße, wie in diesem Winter der Handel auf seine Lager weniger bezieht, als dies sonst zu geschehen pflegt; denn es ist zu berücksichtigen, daß bei dem gegenwärtigen Zinsfuß die Handelslager so gering wie möglich gehalten werden. Darüber hinaus ist aber ein Arbeiten auf Vorrat nicht angängig, und muß daher bei nachlassendem Abruf die Erzeugung eingeschränkt werden.“

Der vorläufige Bericht des Berliner Ältestenkollegiums, vom Präsidenten des Kollegiums, Raempf, erstattet, betont dagegen mehr die Interessen der Abnehmer und des vermittelnden Handels und „bezwweifelt durchaus“, ob in der Einwirkung der Syndikate auf die Preise „immer das richtige Maß gehalten worden ist und nach Anlage der menschlichen Natur gehalten werden kann“. Es wird auf die Abwehr- und Gegenorganisationen der Verbandskunden, vor allem auf den am 2. April 1902 in Hamburg gegründeten Verband Deutscher Detailgeschäfte der Textilindustrie hingewiesen. Der Hinweis ist wohlgemeint, nur nicht besonders tröstlich, wie soeben im Seidenstoffgewerbe der Abbruch der Verhandlungen zwischen den Detailbeziehern einerseits und den Fabrikanten und Großisten andererseits befundet. Immerhin mag die Depressionszeit den Uebermut mancher verbündeten Produzenten dämpfen und die Stellung mancher bisher hilfloser Abnehmerkreise festigen — und Abnehmer sind natürlich sehr oft abermals (weiterverarbeitende) Industrien, nicht nur der große und kleine Handel.

Kehren wir von den rückschauenden und allgemeineren Berichterstattungen zu den letzten Ereignissen selber zurück, so scheint sich mehr und mehr das Gefühl zu verbreiten, daß der Wetterwintel Amerika allmählich eine gewisse dauernde Beunruhigung befundet und damit auch auf das geängstigte Europa überträgt. Besonders in London rechnet man mit dem baldigen Verschwinden des Aufgeldes für Barmittel, das zuletzt noch immer $\frac{1}{4}$ Proz. betrug; ferner wird als vertrauenerweckend bezeichnet, daß die Depositentassen, die nach dem Erlöschen des zulässigen 60 tägigen Zahlungsaufschubs ihre Schalter wieder in normaler Weise öffneten, nur verhältnismäßig unbedeutende Ein-

lageabhebungen erfuhren, daß mit anderen Worten das große Publikum die erste Panik wieder abgeschüttelt hat. Sogar Goldsendungen, die für Amerika in London bereit lagen, sollen nicht beansprucht worden sein.

Die Londoner Börse verzeichnete deshalb schon längere Zeit eine stärkere Erholung der Kurse, die allerdings tiefer wohl kaum noch fallen konnten. Dagegen weichen die Warenpreise immer weiter zurück. Seit langem hat man von Lohnreduktionsversuchen in größeren Produktionszweigen nichts gehört; an der Elbde haben jedoch die Schiffsbauunternehmer ein paar Tage vor Weihnachten die Absicht, die Löhne zu verkürzen, der Gegenpartei offiziell angekündigt, und die Gewerkschaftsvertreter drängen auf eine baldige gemeinsame Besprechung, von deren Ausgang vielleicht Frieden oder Kampf abhängt. Die „Labour Gazette“ des Handelsamtes verzeichnet für den November durchschnittlich eine größere Arbeitslosigkeit (5 Proz.) in den bericht-erstattenden Trade Unions wie im Monat zuvor (4,7 Proz.) und wie im November des Vorjahres (4,5 Proz.). Besonders die Baugewerbe und der Schiffsbau lagen danieder.

Deutschland ist über den kritischen Jahres- schluß in der Tat ohne nochmalige Diskonterhöhung hinübergekommen, trotz, wie verlautet, beispielloser Anspannung der Reichsbank in den letzten Tagen des Jahres. Größere Entscheidungen waren natürlich in der zweiten Hälfte des Dezember nicht zu erwarten. Aber von der viel größeren Arbeitslosigkeit wie im Vorjahre legte zum Beispiel die Umfrage der Berliner Gewerkschaftskommission Zeugnis ab, die bei vorsichtiger Schätzung die Zahl der Arbeitslosen in Berlin auf ungefähr 30 000 be- rechnet.

Berlin, 29. Dezember 1907.

Max Schippel.

Arbeiterbewegung.

Zum Buchdrucker tarif.

Anlässlich der Tarifrevision im Buchdruckgewerbe im Jahre 1906 wurde zwischen den beiden maßgebenden Organisationen der Arbeitgeber (Deutscher Buchdruckerverein) und Arbeitnehmer (Verband der Deutschen Buchdrucker) ein Organisationsvertrag abgeschlossen, dessen § 4 die Mitglieder der beiden Organisationen verpflichtete, nach einer näher zu bestimmenden Uebergangsfrist, nur in ein gegenseitiges Arbeitsverhältnis zu treten, so daß also die organisierten Arbeitgeber nur Mitglieder des Buchdruckerverbandes einstellten und dessen Mitglieder wiederum nur bei Mitgliedern der Arbeitgeberorganisation in Arbeit treten dürften. Ferner sollten eventuell auch andere für die Tarifgemeinschaft wichtig erscheinende Organisationen in die Vertragsgemeinschaft aufgenommen werden können. Der § 6 des Vertrages ergänzte diese Bestimmungen u. a. dahin, daß in die Tarifinstitutionen (Preisämter usw.) nur Mitglieder der vertragschließenden Organisationen entsandt werden konnten.

Gegen den § 4 wurde von verschiedenen Seiten Widerspruch erhoben. Auch wir haben in unserer Besprechung des Organisationsvertrags seinerzeit Bedenken gegen diesen Paragraphe geäußert. Besonders aber haben die Gegner der Tarifgemeinschaft im christlichen und Unternehmerlager keine Mittel unversucht gelassen, um gegen den § 4 Sturm zu laufen. Die Christlichen, weil sie für die Existenz

des inzwischen zu ihnen übergetretenen bisher stets tarifuntreuen Gutenbergbundes fürchteten, da diese Bündelerei auf Grund ihrer fortgesetzten Tarifbrüche nicht gut in die Vertragsgemeinschaft hätte aufgenommen werden können. Die Scharfmacher im Unternehmerlager wiederum, weil sie hofften, durch eine tendenziöse Darstellung des § 4 die ganze Tarifgemeinschaft zu Fall bringen zu können.

Die Vorstände des Deutschen Buchdruckervereins und des Verbandes der Deutschen Buchdrucker veröffentlichten als vertragschließende Parteien nunmehr folgende Bekanntmachung:

„Die Fassung des § 4 des zwischen dem Deutschen Buchdruckervereine und dem Verbands der Deutschen Buchdrucker abgeschlossenen Vertrages, betreffend die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker, hat in verschiedenen Kreisen eine gänzlich falsche Beurteilung gefunden und es ist vielfach die irrthümliche Ansicht aufgetaucht, als hätten die beiden vertragschließenden Vereine die Tarifgemeinschaft und deren großen Nutzen für das Buchdruckgewerbe als ihr alleiniges Recht und nur für sich in Anspruch nehmen wollen. Die unterzeichneten Vereinigungen haben deshalb eine Aenderung des Vertrages vorgenommen, die wie folgt lautet:

§ 4.

- Der Deutsche Buchdruckerverein verpflichtet sich, nur solche Prinzipale als Mitglieder aufzunehmen, die der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker angehören. Die Mitglieder des Deutschen Buchdruckervereins sind verpflichtet, nur tariftreue Gehilfen zu beschäftigen.
- Der Verband der Deutschen Buchdrucker verpflichtet sich, nur tariftreue Gehilfen als Mitglieder aufzunehmen. Die Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker sind verpflichtet, nur in tariftreuen Buchdruckereien zu arbeiten.
- Gehilfen, welche von den tariflichen Schiedsinstanzen als gemäßigert erklärt worden sind, müssen bei Einstellung in erster Linie berücksichtigt werden.

Der § 6 des Vertrages wird gestrichen.

Leipzig, 10. Dezember 1907.

Der Vorstand des Deutschen Buchdruckervereins.

Wilhelm Bär. Eugen Mahlau.

Der Vorstand

des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.

Emil Döblin. Gustav Eisler.

Damit hat diese Angelegenheit eine durchaus zufriedenstellende Erledigung gefunden. Im Prinzip ist die auf beiden Seiten erfolgte durchgreifende Anerkennung der Organisation als maßgebende Faktoren aller Arbeitsverhältnisse aufrecht erhalten; das war es aber, was dem bisherigen § 4 seine große Bedeutung gab und das wir seinerzeit („Corr.-Bl.“ 1906 Nr. 44) als Fortschritt feststellten. Bedenken dagegen hatten wir gegen den Organisationszwang als solchen, weil zur Aufnahme in die Tarifgemeinschaft die Tariftreue nur Bedingung sein kann. Indem die jetzt publizierte neue Fassung nach dieser Richtung das Gewicht auf die Tariftreue der Einzelnen legt, und ihre Mitgliedschaft in der einen bezw. der anderen vertragschließenden Organisation davon abhängig macht, sind alle Bedenken vollkommen zerstreut. Das Fazit der neuen Fassung ist kurz folgendes: Vertragsschließende Organisationen sind der Deutsche Buchdruckerverein und der Verband der Deutschen Buchdrucker, die nur tariftreue Mitglieder in ihren

fast zu der „Confederazione“ gegründeten „Comitato di resistenza“ verfechten, einfach aus der Organisation auszuschließen.

Alle Anwesenden sprachen als ihre Uebersetzung aus, daß die syndikalistische Sezession nur in jenen Gegenden Anhänger finden würde, wo die kleine Industrie und das Handwerfertum noch vorherrschen, und bei solchen Industrien, die sich noch nicht über das ganze Land verbreitet haben.

Bei den bedeutenderen Industrien aber und in den Provinzen Norditaliens wird die „Confederazione“ keinen einzigen Anhänger verlieren; vielmehr wird sie alle jene Elemente an sich ziehen, die bis heute dem Kampfe zwischen den beiden Tendenzen ferngeblieben sind.

Mehrere Organisationen, deren Sekretäre ohne jede Ermächtigung den Anschluß von Vereinen oder Arbeiterkammern an die Gegenkonföderation erklärt hatten, haben dieser Tage ihre Sekretäre verleugnet. Ja, selbst in der Hochburg der Syndikalisten und der Anarchisten, in der Stadt und der Provinz Parma, wo sie die Gründung des „Comitato della resistenza“ verkündigten, scheint es, daß bei der Urabstimmung, die unter den dort 32 000 Organisierten stattfinden wird, der Sieg unserer „Confederazione“ gesichert ist.

Durch den Beschluß der „Confederazione del Lavoro“ und der sozialdemokratischen Partei, nicht mehr durch öffentliche Geldsammlungen solche Streiks zu unterstützen, die von außerhalb der „Confederazione“ stehenden Organisationen geführt werden, wird der Lokalismus in Italien einen schweren Schlag erleiden. Wir haben dadurch zugleich den Vorteil, daß die Beziehungen zwischen Arbeiterkammern und Nationalverbänden endgültig geregelt werden.

Die lange Debatte führte zu einer Resolution, von der wir hier die Hauptpunkte wiedergeben:

„Die Verbandsvorstände billigen die Haltung des Centralausschusses der „Confederazione“ während der Vorgänge vom Mailänder Proteststreik bis zu der vom Syndikat der Eisenbahner gegebenen Antwort;

sie stellen mit Freude fest, daß trotz des erst einjährigen Bestehens der „Confederazione“ der Zusammenschluß der Verbände immer inniger geworden ist, wenn auch die „Confederazione“ bei ihrem steten Mangel an genügenden Mitteln eigentlich nur die Richtung angeben konnte, in der sich ihre Arbeit bewegen soll.

Immer mehr erkennen die Arbeiter ihre Massenlage, und aus dieser Erkenntnis heraus haben sie auf dem Konföderationstage in Mailand jene Umgestaltung ihrer Taktik vorgenommen, indem sie die Gegner der höheren Gewerkschaftsbeiträge und centralisierten Organisation bestreuten;

sie haben die Notwendigkeit erkannt, den festen nationalen und internationalen Organisationen der Unternehmer ebenso geschlossene Gewerkschaften — Berufsvereine — mit gutgefüllten Kampfkassen entgegenzustellen.

Die Arbeiter müssen sich vor Augen halten, daß ihre Organisationen, obwohl auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung stehend, unabhängig von jeder politischen Partei bleiben müssen; nur auf diese Weise wird es möglich sein, jene Propaganda des Lokalismus abzuweisen, die ökonomisch zur Ohnmacht führt und kulturell einen Rückgang zu nunmehr überholten Prinzipien bedeuten würde, Umstände, die den syndikalistischen Politikern zu ihren katastrophalen Phantasien dienen sollten.

Die örtlichen Vereine der Verbände werden darum ersucht, solche Mitglieder zu entfernen, die gegen die „Confederazione“ und für die syndikalistische Taktik agitieren und damit die Geschlossenheit unserer Organisationen gefährden. Diefen ist soviel wie möglich jeder Einfluß auf die Arbeiterschaft zu entziehen.

Die Vertreter der Verbände ermächtigen resp. beauftragen den Centralausschuß:

1. sich mit der Parteileitung ins Einbernehmen zu setzen, damit die Presse die Bestrebungen der „Confederazione“ kräftig unterstützt, daß sie sich gegen die Organisationschädiger wendet, die durch Bekämpfung der höheren Beiträge die Opferwilligkeit der Arbeiterschaft unterbinden und ihre Kämpfe nicht durch eigene Beiträge, sondern durch Anrufen der allgemeinen Solidarität führen wollen;

2. sich mit der Einrichtung weiterer Gewerkschaften zu befassen und auf Grund dieses Studiums Vorschläge zu machen, wie der Zusammenhang zwischen den regionalen und provinziellen Organisationen fester zu gestalten ist;

3. die Obliegenheiten der nationalen Gewerkschaften und Arbeiterkammern und deren Beziehungen zueinander festzustellen;

4. die einzelnen Vereine zum Anschluß an die Gewerkschaften und an die Arbeiterkammern zu veranlassen und die Centralausschüsse der Gewerkschaften anzuhalten, diese Vereine aufzunehmen.“

Zum Generalstreik beschloß der Ausschuß der Konföderation:

„in Anbetracht, daß der Generalstreik — insofern er die ökonomisch-soziale Tätigkeit zum Stillstande bringt — und die Herausbeschöderung von aufrührerischen Bewegungen im Gegenseite steht zu dem Prinzip der allmählichen Eroberung und dem graduellen Emportreiben des Proletariats, das sich bemüht, in alle Verkettungen der heutigen Gesellschaftsordnung hineinzudringen, um an deren Stelle die Voraussetzungen der künftigen Gesellschaft einzuführen,

erklärt der Ausschuß, daß der Generalstreik nur als letztes Mittel angewendet werden darf und in äußersten Fällen, wenn z. B. bereits errungene, grundsätzliche Rechte verletzt werden sollten, und fordert die Führer der Arbeiterbewegung und die Parteipresse auf, dahin zu wirken, daß durch eine rege Propaganda diese Grundsätze in der Arbeiterschaft zur Anerkennung gebracht werden.“

Auf dieser Zusammenkunft wurden noch mehrere Maßnahmen getroffen, sowohl in bezug auf Ausdehnung der sozialen Gesetzgebung als auf Erhöhung der Beiträge an die „Confederazione“.

Betreffs der internationalen Beziehungen wurde die Erhöhung des Jahresbeitrags an das internationale Gewerkschaftssekretariat (bei der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands) von 1,00 Mk. auf 1,50 Mk. bewilligt. Die Beschlüsse der Christiania-Konferenz und die Tätigkeit des internationalen Sekretärs wurden gebilligt; ebenso war man einverstanden mit dem Verhalten der fünften Konferenz gegenüber der französischen „Confédération generale du travail“, der die Solidaritätsgrüße der Anarchisten und Syndikalisten des „Comitato della resistenza“ zuteil wurden.

Besonderer Erwähnung verdient schließlich der Umstand, daß der von den Syndikalisten an die 1400 Sektionen der italienischen sozialdemokratischen

Reihen dulden und sich beiderseitig verpflichten, einerseits nur tarifreue Gehilfen zu beschäftigen und andererseits nur in tarifreuen Druckereien zu arbeiten. Der Kern der Sache bleibt derselbe, nur sind die unklaren Konsequenzen der alten Fassung beseitigt.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Der Bildhauerverband zählte am Schlusse des dritten Quartals 4553 Mitglieder. Der Bestand der Hauptkasse betrug 58 697 Mk., die Summe der im Quartal ausbezahlten Unterstützungen 21 746,95 Mk., davon erforderte die Streikunterstützung 2235,70 Mk., die Arbeitslosenunterstützung 14 075,50, die Reiseunterstützung 1919,25 Mk. und die Unterstützung Arbeitsunfähiger 3516,50 Mk.

Der Korrespondent der Buchdrucker veröffentlicht eine Zusammenstellung über die Tätigkeit der paritätischen Arbeitsnachweise des Buchdruckgewerbes im 3. Quartal 1907. Die durchschnittliche Arbeitslosigkeit pro Woche, sowie die Zahl der vermittelten Stellen zeigen folgende Zahlen:

Monat	Durchschnittlich arbeitslos p. Woche		Zahl der vermittelten Stellen	
	Sezer	Drucker	Sezer	Drucker
Juli	1459	306	599	190
August	1639	297	902	278
September	1445	272	1097	311

Die Zahl der Mitglieder des Hand Schuhmacherverbandes betrug am Schlusse des dritten Quartals 3991. Für Unterstützungszwecke wurde im Quartal die Summe von 30 293,80 Mk. verausgabt.

Die Filiale Halberstadt des Hand Schuhmacherverbandes sucht unsere Darstellung des neuen Streits in dem betreffenden Verbände (siehe Nr. 49 des „Corr.-Bl.“ 1907) im „Handschuhmacher“ folgendermaßen abzutun: „Was wir übrigens von der Redaktion des „Handschuhmacher“ erwarten, ist, daß sie uns in Zukunft nicht wieder die völlig einseitigen Ausführungen des „Corr.-Bl.“ der Generalkommission“ als eine Art Orakel (!) vorführt, denn dieses Organ bezieht seine Informationen ausschließlich von den Gewerkschaftsbeamten, darum mag man uns mit derartig einseitig gebildeten Urteilen gefälligst vom Halse bleiben.“ — Im vorliegenden Falle haben wir, was zur Beruhigung der dortigen Genossen dienen möge, unsere Informationen aus dem Inhalt des „Handschuhmacher“ bezogen, wie die Redaktion des „H.“ ganz richtig zu den obigen Ausführungen bemerkt. Wir stehen aber nicht an zu bestätigen, daß wir in sehr vielen Fällen und über sehr wichtige Fragen von „Gewerkschaftsbeamten“ informiert werden und wir nehmen an, daß auch die Mitglieder des Hand Schuhmacherverbandes hin und wieder Informationen von „Gewerkschaftsbeamten“ entgegennehmen.

Die Arbeitslosigkeit im Holzarbeiterverbande zeigte im Monat November 1907 folgendes Bild: Berichtet hatten 747 Zahlstellen mit 148 355 Mitgliedern. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen betrug 10 979, wovon 4565 am 30. November arbeitslos waren. Arbeitslosenunterstützung erhielten 4528 Mitglieder für 49 177 Tage mit 66 386,31 Mk. 4916 Mitglieder bezogen 7690,82 Mk.

an Reiseunterstützung für 8193 Tage. Nicht berichtet hatten 35 Zahlstellen.

Die Mitgliederzahl des Lagerhalterverbandes betrug am Schlusse des dritten Quartals 1874 gegen 1811 Mitglieder am Schlusse des vorhergehenden Quartals.

Der Lederarbeiterverband zählte am Schlusse des 3. Quartals 7905 Mitglieder, davon 134 weibliche. Für verschiedene Unterstützungszwecke wurden 18 969,36 Mk. verausgabt, davon für Arbeitslosenunterstützung am Orte 13 581,80 Mk. Der Vermögensbestand der Hauptkasse betrug 60 835,44 Mark.

Der Vorstand des Schmiederverbandes beruft die 11. ordentliche Generalversammlung des Verbandes auf den 17. Mai nach Dresden ein. Zur Verhandlung steht u. a. die Frage der Einführung von Staffelleistungen.

Die Erhebungen über die Arbeitslosigkeit im Zimmererverbände am 28. September 1907 ergeben im Vergleich mit dem gleichen Monat des vorhergehenden Jahres folgendes Resultat:

Jahr	Es beteiligten sich		Nicht arbeitslos waren		Arbeitslos waren wegen					
	Zahlstellen	Mitglieder	Mitglieder	in Prozenten	Krankheit	in Proz.	Witterungseinflüsse	in Proz.	Arbeitsmangel	in Proz.
1903	430	28588	26720	93,46	498	1,74	286	1,00	1084	3,80
1904	467	33761	31984	94,74	699	2,07	92	0,27	986	2,92
1905	467	32906	31264	95,01	687	2,08	155	0,47	820	2,49
1906	540	42516	40703	95,73	758	1,80	77	0,16	978	2,31
1907	573	48299	46142	95,53	959	1,99	56	0,12	1142	2,36

Aus der Statistik sind die Zahlstellen ausgeschieden, die sich im Lohnkampfe befanden. Es waren dies am 28. September 1907 13 Zahlstellen mit 1120 Mitgliedern.

Die „Confederazione generale del Lavoro“ und die Gewerkschaften in Italien.

Das Treiben der italienischen Syndikalisten und Anarchisten gegen die „Confederazione del Lavoro“ und gegen die positive Arbeiterpolitik hat in den meisten unserer größten und besten Gewerkschaften nicht die geringste Störung verursacht. Zur ruhigen und gelassenen Antwort gegen die epileptischen Kundgebungen der syndikalistisch-anarchistischen Führer versammelte sich in Turin der Centralausschuß der „Confederazione“ und unterbreitete den angeschlossenen Verbänden sein Verhalten gegenüber den Vorgängen im vergangenen Oktober behufs Erörterung und Abstimmung.

Anwesend waren die Delegierten der Nationalverbände der Bauarbeiter (Maurer, Hilfsarbeiter, Stein- und Ziegeleiarbeiter und verwandter Berufe), Textilarbeiter, Metallarbeiter, Buchdrucker, Tischler und Kunsttischler, Töpfer, Landarbeiter, Gutmacher, Bäcker und Steinbrücker. Diese Delegierten begnügten sich nicht damit, das Verhalten der Leiter der „Confederazione“ zu billigen, sondern nahmen auch entschiedene Stellung gegen die anarchistischen Syndikalisten und entschleierten deren sogenannte Neutralität, die darin besteht, die Gewerkschaften ihrer Politik zu unterwerfen. Sie machten die Arbeiter auf die Gefahren des Lokalismus aufmerksam und forderten sie auf, jene Leute, die den Anschluß an den von den Gegnern im Gegen-

konnte? Erst jetzt ist die Gnade geschehen, wo die Petersburger Buchdrucker um die Bestätigung eines neuen Vereins eingegangen sind. Heute werden die neuen Satzungen in dem Comité für Vereinsangelegenheiten geprüft und es kann möglich sein, daß die Petersburger Buchdrucker mit den nächsten Tagen — auf wie lange, das weiß Gott und der Polizeichef — wieder eine legale Organisation haben. Daß die neue Gewerkschaft der Buchdrucker mit allen möglichen Hindernissen wird kämpfen müssen, darüber ist nur eine Meinung, hat doch die Polizei in der letzten Zeit ein besonderes Mißtrauen gerade gegenüber den Buchdruckern gezeigt.

Als eine bemerkbare Erscheinung in den russischen Gewerkschaften tritt das Interesse der Gewerkschaftsmitglieder für die genossenschaftliche Bewegung hervor, insbesondere für die genossenschaftliche Organisation des Konsums. In den Petersburger Konsumvereinen, die alle erst in der letzten Zeit gegründet worden sind, aber bereits über mehrere Tausende Mitglieder zählen, stellen die Gewerkschaften das größte Kontingent. Unter anderen genossenschaftlichen Unternehmungen hat die Gewerkschaft der Kommiss und Buchhalter die Begründung eines genossenschaftlichen Speisehauses in Aussicht genommen.

Immer mannigfacher werden auch die Bildungsunternehmungen der Gewerkschaften. So errichtet derselbe Verein der Kommiss und Buchhalter eine Bibliothek und einen Lesesaal. Der Arbeiterklub der Baltischen Schiffswerft veranstaltet eine Reihe von Vortragskursen über Naturwissenschaften und Geschichte. Es ist aber bedauerlich, daß die Administration der Werft sich in die Sachen des Klubs einmischte. Nur mit Mühe war sie zu bewegen, einverstanden zu sein, daß an den Vortragsabenden des Vereins auch die Frauen der Arbeiter Zutritt erhalten! Wie man sieht, überall läßt sich ein fleißiger Zug des „Serrenstandpunktes“ verfolgen, der oft ins Lächerliche überschlägt.

Ueber die Arbeiten der Duma auf dem Gebiete der Arbeitergesetzgebung ist noch nichts bekannt. Es heißt nur, daß die Regierung den Entwurf einer Unfall- und Krankenversicherung in Vorbereitung habe. Wann aber dieser Entwurf, von dem auch die Regierungserklärung bei der Eröffnung der dritten Duma zu melden wußte, in die Duma kommt, ist bis zur Stunde nicht bekannt. Als die Duma ihre Kommissionen wählte, wurde auch eine Kommission für Arbeitergesetzgebung gebildet; diese hat aber noch keine Arbeit!

Aus der periodischen Literatur der Gewerkschaften wäre zu nennen die soeben erschienene 16. Nummer des „Verufsboten“ („Professionalni Vestnik“), der eingehend den bevorstehenden Kongreß der Vereine zur Errichtung von Volksuniversitäten, den Kongreß der Konsumvereine und den Kongreß für Fabrikmedizin behandelt und sich für die Beteiligung der Gewerkschaften an diesen Kongressen ausspricht. Erschienen ist ferner die erste Nummer des neuen Organs der Textilarbeiter („Tekstilnoje Djelo“), die aber gleich von der Administration unterdrückt wurde.

Der Amerikanische Arbeiterbund im Jahre 1907.

Das mit dem 1. Oktober 1907 abgeschlossene Verwaltungsjahr war für die Gewerkschaften, welche dem Amerikanischen Arbeiterbunde (American Federation of Labor) angehören, wieder eine Zeit des Fortschrittes, die auf eine Periode der Stagnation folgte. Fast alle größeren Centralverbände

nahmen an Mitgliedern zu. Diese Tatsache geht aus den Berichten des Vorstandes des Bundes an die 27. Jahreskonvention hervor, die im November 1907 zu Norfolk in Virginien abgehalten wurde. Dem Bericht des Sekretärs Frank Morrison sind folgende Angaben zu entnehmen. Seit 1897 hat sich die Mitgliederzahl der dem Arbeiterbund angeschlossenen Organisationen nahezu verzehnfacht; von 1897 bis 1904 stieg sie ununterbrochen, teils infolge der Angliederung neuer Verbände und teils infolge des Wachstums der bereits zum Bunde gehörigen Gewerkschaften. Die Jahre 1905 und 1906 wiesen einen Rückgang der Gesamtstärke auf, der — sagt Morrison — fast zur Gänze durch innere Zermürbungen, die zur Abtrennung von den Verbänden führten, sowie durch einige schlecht beratene Streiks veranlaßt wurde.

Im Verwaltungsjahr 1907 wurden an den Sekretär des Arbeiterbundes die Beiträge für 1538 970 Mitglieder voll bezahlt; im September 1907 sind für 1 683 424 Mitglieder Beiträge bezahlt worden. Dabei ist noch zu bedenken, daß im Juni der Brauerverband wegen Grenzstreitigkeiten ausgeschlossen wurde, dessen rund 40 000 Mitglieder bei Berechnung des Jahresdurchschnittsstandes unberücksichtigt blieben. Die nachstehende Tabelle zeigt, für wie viele Mitglieder in jedem Jahre von 1897 bis 1907 Beiträge an den Arbeiterbund einfließen, sowie die von Jahr zu Jahr eingetretene Zu- oder Abnahme.

Jahr	Zahl der Mitglieder, für welche Beiträge gezahlt wurden	Mehr (+) oder weniger (-) gegen das Vorjahr
1897 . . .	264 825	—
1898 . . .	278 016	+ 13 191
1899 . . .	349 422	+ 71 406
1900 . . .	548 321	+ 198 899
1901 . . .	787 587	+ 239 216
1902 . . .	1 024 399	+ 236 862
1903 . . .	1 465 800	+ 441 401
1904 . . .	1 676 200	+ 210 400
1905 . . .	1 494 300	- 181 900
1906 . . .	1 454 200	- 40 100
1907 . . .	1 538 970	+ 84 770

Der Zuwachs während des Jahres 1907 war recht bescheiden im Vergleich mit der Zahl der von 1900 bis 1904 in jedem Jahre gewonnenen Mitglieder. Der Durchschnittsstand von 1907 war um 137 230 geringer als der von 1904. — Wie in dem Artikel „Die gewerkschaftlichen Centralverbände in den Vereinigten Staaten“ („Corr.-Bl.“ 1907 Nr. 29) bereits gesagt wurde, entrichten einige Verbände für eine geringere als die tatsächliche Zahl ihrer Mitglieder die Beiträge an den Arbeiterbund.

Am Schluß des Verwaltungsjahres 1907 gehörten dem Arbeiterbund an: 117 Centralverbände, 661 lokale Vereine und gemischte Gewerkschaften,* 37 Staatsverbände von Gewerkschaften und 574 Gewerkschaftskartelle. Bei der Berechnung der Mitgliederzahl ist nur die Beitragsleistung der Centralverbände, lokalen Vereine und gemischten Gewerkschaften in Betracht gezogen. Neu beigetreten sind drei Centralverbände, und zwar die International Brotherhood of Composition Roofers of the United States and Canada (Dachdecker), die National Federation of Post Office Clerks (Postbeamte) und die Lobster Fishermens Protective

*) Diese 661 Organisationen zahlten für 28 900 Mitglieder Beiträge an den Arbeiterbund.

Partei gerichtete Aufruf, wonach diese der „Confederazione“ ihren Tadel aussprachen, nur von 40 Sektionen in bejahendem Sinne beantwortet wurde!
Angiolo Cabrini.

Aus der russischen Gewerkschaftsbewegung.

Petersburg, 17. Dezember.

Die Aussperrung als ein Mittel der Konterrevolution hat in der Bewegung der letzten zwei Jahre eine große Rolle gespielt. Als die Petersburger Arbeiter versuchten, den Achtfundentag einzuführen, warfen die Unternehmer die Arbeiter auf Befehl der Regierung auf die Straße. Diese Repressalie hat seitdem in dem russischen Arbeiterleben an Bedeutung zugenommen. Bei jeder Gelegenheit, wo die Unternehmer glauben, mit der Aussperrung den Widerstand der Arbeiter brechen zu können oder sie auch nur einzuschüchtern, werden auf Knall und Fall Hunderte und Tausende von Arbeitern entlassen.

So war es bekanntlich in Lodz und so ist es auch gegenwärtig nach dem Sympathiestreik der Petersburger und Moskauer Arbeiter anlässlich des Prozesses gegen die sozialdemokratische Fraktion der zweiten Duma. Das war am 5. Dezember und seitdem bringt jeder Tag neue Nachrichten über Aussperrungen.

Es war gewiß ein Tag, der den Machthabern zu denken gab. In Petersburg blieben nicht weniger als 75 000 Arbeiter der Arbeit fern und in Moskau sogar mehr. Wenn man bedenkt, daß den Arbeitern jedes Mittel der Verständigung und des Verabredens zu gemeinsamen Handlungen genommen ist und daß selbst die Fabrikversammlungen, die in den zwei Jahren ein Bürgerrecht erkämpft hatten, in der letzten Zeit fast unmöglich gemacht worden sind, so war die eintägige Arbeitsniederlegung eine mächtige Aeußerung des Klassenbewußtseins der russischen Arbeiter. Die Wut des Unternehmertums und der Regierung ist denn auch begreiflich.

Den Anfang mit der Aussperrung machte die Regierung, die am 10. Dezember aus der staatlichen Alexandrowschen Maschinenfabrik über 3000 Arbeiter entließ. Die Fabrik wird bis zum 23. Januar geschlossen und nur ein kleiner Teil der alten Arbeiter soll eingestellt werden. Die große Mehrzahl wird als politisch unzuverlässig weggewiesen.

Die entlassenen Arbeiter werden in der nächsten Zeit wohl vergeblich nach Arbeit suchen können, da die „Filtration“ der Arbeiter gegenwärtig eine allgemeine ist. Das System der schwarzen Listen ist aufs beste ausgearbeitet und außerdem muß jeder Arbeiter, der in einer Fabrik angestellt werden will, von der Gendarmerie eine Bescheinigung beibringen, daß er als unverdächtig gilt. Dieses System ist jetzt ein allgemeines in ganz Rußland.

Nach der Sperrung der Alexandrowschen Fabrik wurden auch die Bahnwerkstätten der Nikolaibahn (Petersburg-Moskauer Bahn) geschlossen und zwar, wie es ausdrücklich heißt, mit Zustimmung des Eisenbahnministers. Die Zahl der ausgesperrten Arbeiter beträgt hier etwa 400. Sie sandten ebenso wie die Arbeiter der Alexandrowschen Fabrik an die Verwaltung eine Deputation, die die Fortsetzung der Arbeiten erwirken sollte, jedoch ohne Erfolg. Die Bahnwerkstätten sind nun schon mehrere Tage von der Polizei besetzt. Auch die Eisenbahnarbeiter der sogenannten Seeuferbahn, die am 5. Dezember nicht zur Arbeit erschienen, sind entlassen worden.

Private Unternehmer haben diesmal, wie es scheint, doch nicht so recht den Mut gefunden, aus dem eintägigen Sympathiestreik einen größeren Konflikt entstehen zu lassen; sie haben sich mit Drohungen begnügt. In dieser Hinsicht sind besonders die Beschlüsse des „Verbandes der Fabrikanten“ interessant; sie zeigen, welches liebliche Band die Regierung und das Kapital umschlingt, wenn es gilt, die politische und wirtschaftliche Privilegienherrschaft aufrecht zu erhalten. Am 10. Dezember beschloß der Verband, die Arbeiter diesmal noch wegen des Streiks nicht zu strafen. Wohl aber soll das im Wiederholungsfall geschehen. Fortan sollen folgende Beschlüsse maßgebend sein: Die Fabrikanten verpflichten sich, die Arbeiter, wenn sie „eigenmächtig die Arbeit unterbrechen aus Ursachen, die nicht in dem Leben der Fabrik liegen“, mit Fabrikstrafen zu belegen. Es wird ausdrücklich beigelegt, daß diese Bestimmung sich auch auf den 1. Mai und den 9. Januar, den Tag des Zuges der Arbeiter zum Winterpalast und deren Niedermegung bezieht. Immerhin ist der Fabrikantenverband gnädig genug, in seinem Zirkular beizufügen, daß dort, wo die Feier des 1. Mai seit langem in Brauch ist, die Arbeiter diesen Tag auch fortan straflos feiern können. Im Falle eines gewöhnlichen wirtschaftlichen Streiks müssen nach der Bestimmung des Zirkulars die Unternehmer die Arbeiter ebenfalls strafen, wenn diese die rechtmäßige Kündigungsfrist nicht eingehalten haben. Kündigen aber die Arbeiter einer Fabrik vollständig rechtmäßig zu einem bestimmten Tag, auch dann können sie mit Fabrikbußen belegt werden, doch sind dann diese nicht obligatorisch.

Das ist eins der vielen Bildchen aus der konterrevolutionären Unternehmerpraxis, aus dem die gute alte Zeit spricht, die natürlich nicht mehr zu halten und auch mit keinen Mitteln wieder zu erobert ist. Solche Schikanen, wie die in dem Zirkular vorgesehenen, werden die Arbeiter nur enger aneinanderschmieden, und das Solidaritätsgefühl auch der am tiefsten stehenden Schichten stärken.

Durch die letzten Aussperrungen ist die Zahl der Arbeitslosen wieder ganz gewaltig gewachsen. Außerdem verschlechtert sich auch die Lage der Eisenindustrie, so daß immer neue Fabriken geschlossen werden. Die Regierung hat kein Geld zu den nötigen Neuausrüstungen der Bahnen, sie muß selbst für die ordentlichen Jahresausgaben eine neue Anleihe von 200 Millionen Rubel suchen.

Die Selbsthilfe der Arbeitslosen wird aber mit allen möglichen Repressalien bedacht. Das seinerzeit verhaftete Comité der Petersburger Arbeitslosen hat man dieser Lage freigelassen. Ein Vergehen ist ihnen nicht nachgewiesen worden, die Administration hat da wieder einmal „eingeschüchtert“, wie das ja ihre ganze Politik ist.

Jeder Schritt der Arbeiter zur Organisation soll niedergeschlagen werden, den Arbeitern soll jede Lust vergehen, auch nur den Versuch einer Organisation zu machen. Das geht ja deutlich aus der ganzen Gewaltpolitik gegenüber den Gewerkschaften hervor, die wir in unseren beiden ersten Briefen geschildert haben.*)

Ist es nicht kleinliche Polizistenmache, wenn z. B. der Verein der Petersburger Buchdrucker, über dessen Schließung wir seinerzeit berichteten, bis jetzt vergeblich auf die Deffnung seiner von der Polizei versiegelten Räumlichkeiten warten mußte, damit die Liquidationskommission ihre Arbeiten beginnen

*) Vergl. die Artikel im Jahrg. 1907, S. 745 und 702.

ist es gelungen, die Kollektivverträge von Arbeitern und Arbeitsanwendern zu vermehren und damit die notwendigen „Union Shops“, die als das beste und zweckmäßigste Mittel angesehen werden, um die Interessen der Arbeiter zu schützen und zu fördern, sowie auch, um die treuliche Ausführung der Kollektivverträge zu ermöglichen. Die geringsten und unwissenden Arbeitsanwender widersetzen sich der Vertragspolitik der Gewerkschaften und Gegner derselben sind auch die kurzfristigen und boshaften Leute, die Freundschaft für die Arbeiterklasse vorleben und doch alle Bestrebungen zur Besserung der Verhältnisse angreifen, verlästern und verdrehen. In der modernen Wirtschaft befindet sich der Arbeiter, der einen individuellen Vertrag mit dem Arbeitsanwender schließt, in einer hilflosen Lage, er muß hinnehmen, was ihm geboten wird. Der Verlust der Individualität und Macht des einzelnen Arbeiters infolge der modernen wirtschaftlichen Entwicklung ist wiederzugewinnen durch Ausnutzung der kollektiven Macht, durch die Organisation. — Ausführlich befaßt sich Gompers mit der Achtstundebewegung, die in den letzten zwei Jahrzehnten anerkanntswerte Fortschritte machte und zur allgemeinen Einführung des kürzeren Arbeitstages führen muß. In dem Bericht wird über den Bestand des Achtstundentages bei den Angehörigen der einzelnen Organisationen Nachstehendes angeführt. Acht Stunden im Tag arbeiten die Zimmerer, die auch gewöhnlich den freien Samstagnachmittag haben; die Mehrheit der Elektrizitätsarbeiter, der Stukkateure (in einigen Orten sieben Stunden) und der Maurer; die Granithauer (allgemein), die meisten Maler, Installateure, Fliesenleger und Bauhilfsarbeiter; die Seher bei Abendblättern und in Buch- und Kladendruckereien; bei den Morgenblättern haben die Seher die 7½stündige Arbeitszeit und die deutschen Seher haben die fünfständige Arbeitswoche bei täglich achtstündiger Arbeitsdauer. Den Achtstundentag haben ferner die Stereotypen- und Galvaniseure, die Mehrheit der Bergleute in den Weichkohlenrevieren, die Cigarrenmacher, die Böttcher, die Brauer an der Küste des Stillen Ozeans, die Eisen- und Stahlwerksarbeiter (zum Teil die Achtstundenschicht), 50 Proz. der Betriebsmaschinen- und die Papierfabriksarbeiter. In den anderen, besonders in den ungelerten Berufen ist der Neun- und Zehnstundentag noch die Regel, in einigen Berufsweigen sogar eine längere Arbeitszeit.

Die Bemühungen, im Bundesparlament ein Gesetz durchzubringen, das dem Mißbrauch der richterlichen Gewalt Einhalt tut, der mit der Ausgabe von gerichtlichen Einhaltsbefehlen bei Arbeitskämpfen geübt wird, hatten keinen Erfolg (und werden wahrscheinlich keinen haben, so lange nicht in der Zusammensetzung dieser gesetzgebenden Körperschaft eine einschneidende Änderung sich vollzieht). Gompers weist unter anderem nach, daß das vom amerikanischen Industriellenverband gestellte Verlangen, die Führung der Boykottlisten durch Einhaltsbefehl zu verbieten (die Entscheidung darüber ist noch nicht erfolgt) eine Forderung ist, mit deren Erfüllung direkt gegen die Bundesverfassung und die Verfassung jedes einzelnen Bundesstaates verstoßen würde; und es ist gar nicht so unwahrscheinlich, daß die Gerichte dennoch dieser Unternehmerforderung entsprechen — wie sie schon mancher anderen entsprochen haben. Der Entwurf eines verbesserten Achtstundengesetzes ist auch im letzten Jahre vom Bundesparlament nicht erledigt worden und

die Wünsche des Arbeiterbundes betreffend eine wirksame Beschränkung der fremden Einwanderung blieben zum größten Teil unbeachtet. Die jetzigen Einwanderungsgesetze sind mit Ausnahme desjenigen, das sich auf die Chinesen bezieht, wirkungslos geblieben; seit ihrem Bestande hat der Zustrom Fremder — selbst in ungünstigen Wirtschaftsjahren — einen bedrohlichen Umfang erreicht. Im Laufe des Verwaltungsjahres wurde eine Novelle zum Einwanderungsgesetz erlassen, welche den Kreis der von der Landung ausgeschlossenen Personen erweitert; es wird u. a. verboten, in ausländischen Zeitungen durch Annoncierung Arbeiter zu suchen oder Arbeiter durch Verheißungen irgend welcher Art anzulocken. Die wichtigste neue Einwanderungsvorschrift ist die, daß auf den Schiffen auf die Person ein Raum von mindestens 180 Kubikfuß entfallen muß (früher 120 Kubikfuß). Die gesetzlichen Maßregeln zur Verhütung der Streifbrotvereinfuhr haben so lange keinen Wert mehr, als die Entscheidung des Handelsministers Oskar Straus bestehen bleibt, die darauf hinausläuft, daß bei einem Streik der im Gesetz vorgesehene „Arbeitermangel“ anzunehmen ist und „Arbeitswillige“ ungestraft eingeführt werden dürfen. Das einzige bedeutende Gesetz, das im letzten Jahre im Bundesparlament zustande kam, ist das, welches die Arbeitszeit der im Eisenbahnverkehr beschäftigten Personen einschränkt.

Am Schlusse seines Berichtes bespricht Gompers die Grenzstreitigkeiten. Unter ihnen ist jene der Seeleute und Hafnarbeiter zu nennen. Die beiden Organisationen konnten zu keinem Friedensschluß gelangen und unterbreiteten ihre Streitfrage einem Schiedsrichter, dessen Spruch dahin ging, daß die Hafnarbeiter keine Seeleute in ihrem Verband aufnehmen dürfen. Trotzdem sich der Hafnarbeiterverband vorher verpflichtet hatte, den Schiedsspruch anzuerkennen, tat er es in Wirklichkeit doch nicht. Ein anderer Streik brach zwischen den Elektrizitätsarbeitern und den Theaterarbeitern aus; die letztgenannten beanspruchen die in Theatern und Unterhaltungslokalen beschäftigten Elektrizitätsarbeiter für sich, sie vertreten das Prinzip, daß der Betrieb, wo jemand arbeitet und nicht der Beruf des Arbeiters für die Organisationszugehörigkeit entscheidend ist. Wegen Festhaltens an dem Prinzip wurden die Brauer ausgeschlossen. Verschiedene andere Grenzstreite wurden durch Einigung beigelegt — vorläufig wenigstens. H. F.

Kongresse.

Rationale Konferenz aller im Transport- und Verkehrswesen beschäftigten Arbeiter Englands.

Wie schon früher mitgeteilt, wurde auf einer internationalen Konferenz im Anschluß an den Internationalen Sozialistischen Kongreß in Stuttgart von Vertretern der englischen Hafnarbeiter und Eisenbahner das Versprechen gegeben, nach ihrer Rückkehr sofort die Einberufung einer Konferenz von Vertretern der Transport- und Verkehrsarbeiter zu veranlassen, um 1. den Anschluß dieser Organisationen an die Internationale Transportarbeiter-Federation mehr zu forcieren, 2. Mittel und Wege zu finden, um den Export von Streifbrechern von England nach anderen Ländern einzuschränken, und 3. eine engere Verbindung unter den in England in Betracht kommenden Organisationen zu schaffen.

Association (Summerfischer); ferner 297 lokale Vereine und gemischte Gewerkschaften, 1 Staatsverband und 72 Gewerkschaftskartelle. Ausgeschlossen wurde ein Centralverband (Brauer), aufgelöst haben sich zwei Verbände (Glashausarbeiter und Kartonnagearbeiter), von den Rechten suspendiert — wegen Nichtzahlung der Beiträge — wurden zwei Verbände (Bergwerksbeamte und Lotfen); ausgetreten ist ein Verband (Baumwoll-drucker). Mit Ausnahme der Brauer handelt es sich hierbei um lauter kleine und bedeutungslose Organisationen. Von den am 1. Oktober 1906 bestandenen lokalen Vereinen und gemischten Gewerkschaften wurden 65 aufgelöst, 304 suspendiert, 42 schlossen sich Centralverbänden an, 4 wurden ausgeschlossen.

Die Gesamteinnahmen der Landescentrale betragen 174 330,26 Dollar, die Gesamtausgaben 159 960,84 Dollar; am 1. Oktober 1907 war ein Vermögensstand in der Höhe von 127 910,02 Dollar vorhanden, wovon 103 078,89 Dollar auf den Widerstandsfonds der lokalen Vereine und gemischten Gewerkschaften, 24 831,13 Dollar auf den allgemeinen Fonds entfielen. Die Einnahmen verteilten sich folgendermaßen: Beiträge der angeschlossenen Organisationen 112 238,06 Dollar, Bureauaterial 15 782,01 Dollar, „American Federationist“ 25 310,56 Dollar, Extrasteuer für die streikenden Schriftfeger 2 338,25 Dollar, Extrasteuer für die Textilarbeiter 388,94 Dollar, Widerstandsfonds der lokalen Vereine und gemischten Gewerkschaften 17 143,65 Dollar, Zinsen usw. 1128,79 Dollar. — Von den Ausgaben entfallen auf außerordentliche Unterstützungen an Gewerkschaften 766,10 Dollar, Miete 2226 Dollar, Ausstellung zu Jamestown 3 459,65 Dollar, Vertretung beim britischen Gewerkschaftskongreß 1418,10 Dollar, Gehälter und Löhne 28 937,83 Dollar, Reisespesen, Zeitverräumnis der Mitglieder des Vorstandes usw. 4 660,45 Dollar, Kosten der 26. Jahreskonvention 3120,14 Dollar, Streifunterstützung an lokale Vereine und gemischte Gewerkschaften 10 640,78 Dollar, an den Schriftfegerverband 2338,25 Dollar, Agitation 56 737,11 Dollar, Herausgabe des „American Federationist“ 23 560,70 Dollar, Rechtsschutz 1569,30 Dollar; der Rest entfällt auf Porto und Frachten, Telegramme, Druckfachen, Zeitungsabonnement, Verzinsung der von den Funktionären hinterlegten Sicherstellungen und so weiter.

Ueber die im letzten Verwaltungsjahre ausgezahlten Unterstützungsbeträge haben 68 Verbände an den Sekretär des Arbeiterbundes berichtet; 64 Verbände zahlten Beerdigungskosten beim Tode der Mitglieder im Gesamtbetrage von 1 076 060,22 Dollar, 6 Verbände gewährten außerdem Unterstützungen beim Ableben der Frauen von Mitgliedern im Betrage von 42 575 Dollar, 24 Verbände zahlten 712 536,02 Dollar für Krankengeld, 8 Verbände 3535 Dollar für Reiseunterstützung, 6 Verbände 26 984,29 Dollar für Arbeitslosenunterstützung am Ort und 4 Verbände gaben 10 926,86 Dollar für Werkzeugversicherung aus.*) Es sind dabei sowohl centralisierte wie auch, bei einem Teil der Verbände, lokale Unterstützungen mitinbegriffen; die für die letztgenannten aufgewendeten Summen sind

*) Die vom Sekretär des Arbeiterbundes in seinem Bericht angegebenen Unterstützungssummen stimmen in fast keinem Fall mit den von den Gewerkschaften in ihren eigenen Berichten ausgewiesenen Beträgen überein; am häufigsten wohl deshalb, weil sich die Nachweisungen auf verschiedene Zeitabschnitte beziehen.

in der Regel geschätzt, da die Centralsekretäre nur höchst selten komplette Nachweisungen der örtlichen Unterstützungen erlangen können.

Ueber die Streikbewegung haben 112 Verbände und einige Lokalvereine Mitteilungen gemacht, woraus sich ergibt, daß im Verwaltungsjahre 1907 1433 Arbeitskämpfe vorkamen (Lokalvereine 27); zugunsten der Arbeiter endeten 1071, mit einem Kompromiß 106, zugunsten der Unternehmer 124, bei Schluß des Berichtes dauerten 66 noch an; über das Resultat der übrigen 66 Arbeitskämpfe ist nichts bekannt. Die Zahl der an den Streiks beteiligten Personen betrug 130 271, wovon 93 225 „Vorteile“ erzielten und 17 335 nicht. Der Rest der Beteiligten entfällt auf Streiks, die noch nicht beendet waren oder deren Ausgang unbekannt blieb. Die Kosten der Streiks beliefen sich auf 3 090 359 Dollar; es ist zu bemerken, daß nicht alle Verbände, die Streiks zu bestehen hatten, die Kosten angaben, jedoch die große Mehrzahl von ihnen.

Gewerkschaftsmarken werden gegenwärtig von 54 Verbänden benutzt; außerdem ist die allgemeine Gewerkschaftsmarke des Arbeiterbundes im Gebrauch. Zehn Verbände haben Legitimationskarten für die Mitglieder eingeführt, mit welchen derselbe Zweck verfolgt wird, wie mit den Gewerkschaftsmarken.

Der Präsident des Arbeiterbundes, Samuel Gompers, erwähnt in seinem Rechenschaftsberichte unter anderem die Verhandlungen, die er mit verschiedenen Verbänden pflog, um sie zum Anschluß an den Arbeiterbund zu veranlassen, wie z. B. mit den Eisenbahnern, den Maurern, den Vergleuten des Westens usw. Bisher führten die Verhandlungen zu keinem positiven Erfolg, aber die Beziehungen mit den Eisenbahnern sind sehr gute. Gompers betonte abermals die Notwendigkeit, die Gewerkschaften durch Ansammlung von Fonds und Gewährung von Unterstützungen an die Mitglieder auf eine festere Grundlage zu stellen: „Nichts ist so sehr geeignet, den berechtigten Forderungen der Arbeiter Anerkennung zu sichern, als eine gut organisierte Gewerkschaft mit einer vollen Kasse; und die Erfahrung hat ganz zweifellos gezeigt, daß zwar manche Arbeiter, die durchdrungen sind von dem Entschlusse, manhaft ihre und ihrer Kollegen Rechte hochzuhalten, die schwersten Prüfungen der Armut und des Hungers ertragen, ehe sie die Prinzipien verlassen, für die sie einstehen, aber Selbstbewußtsein und Unabhängigkeit der Masse der Menschen erstirbt, sobald die hagere Gestalt des Hungers über ihre Schwelle tritt. Wenn wir hoffen und erwarten, daß die Arbeiter ihre Rechte und Interessen beanspruchen und behaupten, so müssen wir die Vorsicht haben, die Angelegenheiten unserer Organisationen so zu führen, daß wenigstens für Brot gesorgt ist. . . . Die Arbeiterorganisationen können nicht ihr ganzes Vertrauen auf die Begeisterung ihrer Anhänger setzen. Ich unterschreibe ein altes Sprichwort: Es ist Wahrheit, daß die Begeisterung zum Fenster hinausfliegt, wenn die Not in der Tür erscheint. Unsere Gewerkschaften sollen ein System höherer Beiträge und ausgiebigerer Unterstützungen für ihre Mitglieder einführen.“

Gompers behandelt in seinem Bericht sodann die Unternehmerorganisationen und ihren Kampffonds, sowie die Mittel, welche den Gewerkschaften zur Verfügung stehen, um die an Heftigkeit zunehmenden Angriffe des organisierten Kapitals abzuwehren. Trotz der Gegnerschaft eines Teils der Unternehmer

7. Der ausführende Ausschuss soll alle möglichen Schritte tun, um alle Nichtmitglieder zu veranlassen, in die Reihen der vereinigten Organisationen einzutreten.

Dieser Entwurf muß bis zum 28. Dezember in allen angeschlossenen Organisationen beraten sein. Der Unterzeichnete wurde beauftragt, in der Zwischenzeit die in Deutschland und Oesterreich gültigen Bestimmungen über die Regelung der Uebertritte und Grenzstreitigkeiten mitzuteilen, was denn auch in der gewissenhaftesten Weise geschehen ist.

In den Reihen der englischen Transportarbeiter beginnt es zu tagen. Die Rheder in Hamburg und Antwerpen haben die Engländer aufgerüttelt. Nun werden alle Anstrengungen gemacht, die gemachten Fehler gutzumachen. Gelangt die obenstehende Vereinbarung zur Annahme, so ist damit schon viel erreicht, ja, wer die englischen Organisationsverhältnisse genauer kennt, der wird in den vereinbarten Grundsätzen einen großen Fortschritt erblicken, denn diese Grundsätze geben dem Konservatismus den Todesstoß.

Die Konferenz beginnt auch schon ihre Früchte zu tragen. Es schlossen sich der Internationalen Transportarbeiterföderation an: die Seeleute mit 6000 und die Eisenbahner (A. S. R. S.) mit 90 000 Mitgliedern. Mit dem Anschluß beschäftigen sich gegenwärtig die Leichterschiffer der Themse, die Schauerleute in London, die Fuhrleute in Manchester, die Trambahner und Kutscher Englands und die Cabmen in London. Der Anschluß dieser genannten Organisationen ist sicher. Gegenwärtig zählt die Internationale Transportarbeiter-Föderation 450 000 Mitglieder.

Hamburg.

H. Johade.

Lohnbewegungen und Streiks.

Tarifverhandlungen im Holzgewerbe.

Die angekündigten neuen Vertragsverhandlungen zwischen dem Deutschen Holzarbeiterverband, sowie dem Christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein einerseits und dem Arbeitgeberschutzverband für das deutsche Holzgewerbe andererseits haben vom 9. bis 11. Dezember in Berlin stattgefunden. Gemäß den Vereinbarungen der Centralvorstände waren zu diesen Verhandlungen Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeiter aus allen denjenigen Städten geladen, in welchen die mit dem Arbeitgeberschutzverband abgeschlossenen Tarifverträge in der Zeit vom 1. Januar bis 1. April 1908 kündbar sind oder ablaufen. Bereits gekündigt, und zwar seitens der Arbeiter, sind die Verträge in Stuttgart, Osnabrück und Ludenwalde, während der Vertrag für Elberfeld seitens der Arbeitgeber gekündigt wurde. Noch nicht gekündigt sind die Verträge in Cassel, Chemnitz, Eisenach, Essen, Forst, Herford, Jena, Magdeburg, Neumünster, Posen, Potsdam, Wiesbaden, Zoppot, Hamburg, Darmstadt, Frankfurt a. M., Detmold, Elbing und Stralsund; in allen diesen Städten müßte die Kündigung am 1. Januar auf den 1. April 1908 ausgesprochen werden. Außerdem bestehen noch in anderen Städten Verträge, welche gleichfalls im Jahre 1908 aber erst nach dem 1. April ablaufen. Es sind dies die Städte Bremen, Breslau, Bochum, Dessau, Dortmund, Arefeld, Mühlhausen i. Th., Nordhausen, Rostock, Sommerfeld, Stargard und Trebbin.

Aus allen diesen 35 Städten hatte der Arbeitgeberschutzverband seine Vertreter nach Berlin geladen, während die Arbeitervertreter nur aus der zuerst genannten Gruppe von Städten erschienen waren. Nachdem beide Parteien mit ihren Centralvorständen am 9. Dezember zunächst unter sich beraten hatten, traten sie am 10. Dezember im Rathause zu Berlin zu einer gemeinsamen Plenarversammlung zusammen. Der große Bürgersaal des Rathauses war von den beiderseitigen Organisationsvertretern und Abgesandten der Städte ganz gefüllt, und da die Verhandlungen öffentlich stattfanden, war auch die Presse zahlreich vertreten. Es dürfte das erste Mal in Deutschland gewesen sein, daß in dieser Art und in diesem Umfange Verhandlungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern aus dem ganzen Reiche stattgefunden haben.

Ohne Zweifel kann die Leitung des Arbeitgeberschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe das Zeugnis für sich beanspruchen, daß sie fortschrittlichen Anschauungen zugänglich ist. Sie hat stets mit der Organisation der Holzarbeiter als gleichberechtigt verhandelt und auch in der Frage der Tarifgemeinschaft immer einen entgegenkommenden Standpunkt vertreten. Um so peinlicher mußte es berühren, als Herr Rahardt, der Vorsitzende des Arbeitgeberschutzverbandes, in seiner Einleitungsrede zu den jetzigen Verhandlungen im Bürgersaal des Berliner Rathauses über die Organisation der Arbeiter nichts Besseres zu sagen wußte, als sie habe im Gegensatz zur Arbeitgeberorganisation ein Interesse daran, das Gewerbe nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Deshalb sei ihre Taktik auf eine fortwährende Beunruhigung der Arbeitgeber durch Lohnbewegungen und Streiks gerichtet. Und auf gleicher Höhe stand eine gegen die Verkürzung der Arbeitszeit gerichtete Bemerkung Rahardts, worin er sagte, daß infolge der maschinellen Entwicklung die Tischlerei heute ein Kinderspiel sei gegenüber früheren Zeiten, als die Maschine noch keinen Eingang gefunden hatte. Das sind Meinungen, die man vor irgendeinem Zunftmeister einer hinterwäldnerischen Kleinstadt erwarten kann, nicht aber von dem Berliner Zentralvorsitzenden einer wirklich modernen Unternehmerorganisation. Daß die Disfussionsredner von Arbeitgeberseite nachträglich zum größten Teil in dasselbe Horn bliesen, war dann allerdings nicht verwunderlich, trotzdem die Vertreter des Holzarbeiterverbandes die Unsinntigkeit des Vorwurfs bezüglich der „Beunruhigung des Gewerbes“ nachwiesen und hinsichtlich der maschinellen Entwicklung auf die Tatsache verwiesen, daß die Arbeit derartig intensiver geworden, daß dadurch die Erleichterung durch die Maschinen mehr als aufgehoben sei.

Im übrigen betonten die Vertreter der Arbeitgeber unter Hinweis auf den Niedergang der Konjunktur, daß es ihnen ganz unmöglich sei, Verbesserungen der Vertragsbedingungen zu gewähren. Jedoch sollten auch keine Verschlechterungen vorgenommen werden, vielmehr seien die Arbeitgeber bereit, die hohen Löhne, welche in der Hochkonjunktur zur Einführung gelangten, auch während der jetzigen Krisis weiter zu zahlen und in den neuen Verträgen festzulegen. Das sei an sich schon ein großes Opfer der Arbeitgeber, zu welchem man jedoch im Interesse des Friedens bereit sei. Um denselben weiter zu sichern, würden vom Arbeitgeberschutzverband alle bestehenden Verträge gekündigt werden, damit sie einen gleichmäßigen Ablaufstermin erhalten

Die Konferenz fand am 4. und 5. November in London statt und war sehr zahlreich besucht. Den Vorsitz führten James Sexton aus Liverpool, Sekretär der National Union of Dock Labourers, und J. N. Bell aus Newcastle on Tyne, Sekretär der National Amalgamated Union of Labour. Von der Internationalen Transportarbeiter-Federation war der Unterzeichnete delegiert worden.

Die Verhandlungen am 4. November beschäftigten sich ausschließlich mit der internationalen Organisation der Transportarbeiter und dem Export der Streikbrecher aus England nach verschiedenen Häfen des Kontinents, wo Konflikte zwischen Arbeiter und Arbeitgeber ausgebrochen waren. Nach ziemlich erregter Diskussion, in der Sexton und Wilson den übrigen Delegierten in heftiger Weise Vorwürfe machten über die bisherige Arbeit, mit der sie ihren internationalen Verpflichtungen nachkamen, wurden folgende Resolutionen einstimmig angenommen:

„Die Konferenz befürwortet das Prinzip internationalen Zusammengehens zwischen allen am Transport- und Verkehrsweisen zu Wasser und zu Lande beteiligten Organisationen. Sie ersucht alle diese Organisationen in England, sich der Internationalen Transportarbeiter-Federation anzuschließen.“

„Die Konferenz konstatiert mit Genugtuung die Bemühungen der Arbeiterpartei im „House of Commons“ in bezug auf die Frage des Exports von Streikbrechern. Die Konferenz ersucht die Arbeiterpartei, auch ferner die Anwendung und die Ausdehnung des „Foreign enlistment Act“ (Gesetz betr. Anwerbung von Streikbrechern für andere Länder) zu befürworten, um den Export der Streikbrecher von England nach anderen Ländern zu verhindern, und ersucht zum Schluß, die Frage zu diesem Zwecke sofort dem Parlamentscomité zu unterbreiten.“

Drei Delegierte wurden von der Konferenz beauftragt, diese Resolution dem Comité der Arbeiterpartei persönlich zu überreichen.

Am folgenden Tage beschäftigte sich die Konferenz mit einem Entwurf zwecks Vermeidung von Streitigkeiten zwischen den Organisationen. Der Entwurf hat einschließlich der angenommenen Amendements folgenden Wortlaut:

1. Die vereinigten Organisationen beschließen hiermit, auf Grund der in den folgenden Klauseln enthaltenen Bestimmungen, die Mitgliederkarten ihrer gegenseitigen Mitglieder anzuerkennen, so daß, wenn ein bona fide (wirkliches) Mitglied irgend-einer dieser Organisationen Arbeit zwischen den Mitgliedern einer anderen angeschlossenen Organisation findet, diesem Mitgliede nach Vorzeigung der Mitgliedskarte seiner eigenen Organisation gestattet ist, weiterzuarbeiten. Hierbei wird vorausgesetzt, daß Leute, welche länger als 13 Wochen bei ihren Organisationen im Rückstand sind, nicht als bona fide (wirkliche) Mitglieder anerkannt werden.

2. Mitglieder müssen auf Verlangen ihre Mitgliedskarten dem Vertrauensmann oder den Beamten der resp. Organisationen vorzeigen.

3. Ein Mitglied einer Organisation darf nicht die Mitglieder einer anderen Organisation beeinflussen und dieselben veranlassen, in diejenige Organisation überzutreten, wo es Mitglied ist. Jedes Mitglied, welches gegen diese Bestimmung verstößt, verliert die Vorteile dieser Vereinbarung. Keine der vereinigten Organisationen soll die unzufriedenen Mitglieder einer anderen ange-

schlossenen Organisation aufnehmen, auch darf diese Vereinbarung nicht benutzt werden, um irgendeine Organisation in stand zu setzen, die Mitglieder irgend-einer anderen angeschlossenen Organisation zu erhalten.

4. Mitglieder der vereinigten Organisationen können unter den folgenden Bedingungen von einer Organisation in die andere übertreten:

Jedes Mitglied, welches übertritt, muß alle Rückstände und Schulden bei der Organisation bezahlen, welche er verläßt. Wenn es ein freies Mitglied dieser Organisation und zu allen Vorteilen berechtigt ist, so soll es auch sofort zu allen Vorteilen der Organisation berechtigt sein, in welche es eintritt, soweit es Gewerbevorteile betrifft. Wenn es nur ein probeweises Mitglied der Organisation ist, welche es verläßt, so muß es noch dieselbe Zeit, welche es noch zu absolvieren hatte, um ein freies Mitglied zu werden, in der Organisation absolvieren, in welche es eintritt.

„Gewerbevorteile“ sind Streit- oder Aussperrungsunterstützungen, gesetzlicher Beistand, um rückständige Löhne zu erhalten oder Arbeitgeber zur Einhaltung ihrer eingegangenen Verbindlichkeiten zu zwingen, oder die Bestimmungen des Workmen's Compensation Acts bei den Arbeitgebern zur Anerkennung zu bringen.

Mitglieder, welche so übertreten, brauchen kein Eintrittsgeld zu bezahlen, aber sie müssen ihre Vertragskarte und die Statuten der Organisation, in welche sie eintreten, bezahlen.

5. Nachdem die betreffenden Organisationen diese Vereinbarung angenommen und unterzeichnet haben, soll vorausgesetzt werden:

a) Wo in einem industriellen Unternehmen schon eine Organisation sich um ungeübte oder halbgeübte Arbeiter bemüht, und wo schon eine oder mehrere Filialen existieren, um solche Leute als Mitglieder aufzunehmen, darf keine andere Organisation, welche dieser Vereinbarung angehört, sich um Mitglieder in diesem Unternehmen bemühen.

b) In noch nicht organisierten Unternehmen hat die Organisation, welche zuerst eine Filiale gründet oder zuerst die Arbeit organisiert und Mitglieder in eine ihrer bestehenden Filialen aufnimmt, das erste Recht auf die Mitgliedschaft dieses Unternehmens, und keine andere Organisation darf sich hineinmischen.

c) Wo zwei Organisationen in einem Unternehmen Mitglieder haben, da hat die Organisation, welche die meisten Mitglieder hat, die Verantwortlichkeit, mit den Arbeitgebern zu unterhandeln und Streitigkeiten beizulegen. Jede Organisation muß Unterstützungen an ihre eigenen Mitglieder bezahlen.

d) Wo zwei Organisationen ungefähr gleich viele Mitglieder in einem Unternehmen haben, da sollen sie die Verhandlungen gemeinsam führen, falls sie nicht untereinander abmachen, daß eine Organisation allein verantwortlich ist.

6. Im Fall ein Streit aufkommen sollte wegen der Auslegung dieser Vereinbarung oder irgendeiner nicht darin vorgesehenen Sache, so sollen die betreffenden Organisationen sich bemühen, diese Streitpunkte zu begleichen; sollte man sich nicht einigen können, so soll diese Sache drei unabhängigen Schiedsrichtern vorgelegt werden (welche einer Trades-Union angehören müssen). Jede Organisation muß ihre eigenen Kosten zahlen und die gemeinsamen Ausgaben zu gleichen Teilen.

vertreter auf eine ziemliche Geduldsprobe. Endlich kehrten die Vorstände zurück und gaben bekannt, daß die Vertreter der Städte Osnabrück, Stuttgart, Elberfeld und Lützenwalde am nächsten Tage im Gewerbegericht zusammenkommen und je unter sich in die ordentlichen Vertragsverhandlungen eintreten würden. Die Vorstände würden alsdann entscheiden, ob anschließend noch über weitere Städte verhandelt werden solle. Die Plenarversammlung im Rathausaal wurde damit geschlossen.

Die Verhandlungen im Gewerbegericht am anderen Tage über die genannten vier Städte brachten eine Entscheidung gleichfalls nicht, sondern endeten mit der Vereinbarung, daß sie an den einzelnen Orten fortgeführt werden sollten. Mit der gleichen Weisung wurden auch die übrigen Städtevertreter nach Hause gesandt.

Dagegen wurde zwischen den Centralvorständen noch vereinbart, die Regelung der Arbeitszeit von den örtlichen Vertragsverhandlungen abzusondern und hierfür eine centrale Einigungskommission einzusetzen. Diese Kommission soll aus fünf Arbeitgebern und fünf Arbeitern bestehen, welche von den örtlichen Organisationen beider Parteien zu wählen sind, und zwar in fünf derjenigen Städte, für welche die Arbeitszeit bei dem allgemeinen Vertragsabschluß im letzten Frühjahr bereits für mehrere Jahre geregelt worden ist. Da die Kommission zugleich als Schiedsgericht gedacht ist, dessen Entscheidung über die Dauer der Arbeitszeit die Parteien sich zu unterwerfen haben, so ist die Wahl eines unparteiischen Vorsitzenden außerhalb der Parteien in Aussicht genommen. Voraussichtlich tritt die Kommission unter Assistenz der Centralvorstände noch im Januar zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Die Arbeitgeber und Arbeiter jeder Stadt werden von der Kommission vor ihrer Entscheidung gehört werden.

Bojkotts.

Die Arbeiter der Branntweimbrennerei Friedrich Degen Nachflg. (Inh. Stegemann Söhne in Nordhausen) stellten am 7. September v. J. Forderungen auf Erhöhung der Löhne, die sich zwischen 16—20 Mk. wöchentlich bewegten. Die Verhandlungen wurden von der Firma systematisch verschleppt und am 2. Oktober obendrein die Arbeiter ausgeperrt mit der Weisung, aus dem Verande auszutreten. Auch ein Einigungsversuch des Genossen Kaufmann, des Vertreters der Großeinkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine, blieb erfolglos. Angesichts dieser Situation hat die Filiale Nordhausen des Brauereiarbeiterverbandes und das dortige Gewerkschaftskartell über die Brennerei Friedrich Degen Nachflg. den Boykott verhängt. Auf Ersuchen des Vorstandes des Centralverbandes deutscher Brauereiarbeiter bringen wir dies zur Kenntnis der Arbeiterschaft. Der Boykott hat bereits mit günstigen Wirkungen eingesezt, so daß zu hoffen steht, daß der Widerstand des Brennereiherrn überwunden wird.

Tarif- und Lohnbewegungen.

Die streikenden Arbeiter in den vier Arefelder Seidenstoffwebereien haben entgegen den Ratschlägen der Organisationsleitungen die Wiederaufnahme der Arbeit abgelehnt. Die Aussperrung von circa 13 000 Arbeitern und Arbeiterinnen dürfte daher perfekt werden.

Der Streit der Fischdampfermaschinenisten in Hamburg-Altona ist mit Erfolg für die Arbeiter beendet worden.

Arbeiterversicherung.

Das Wahlrecht der Frauen in den Krankenkassen.

Von Fr. Klees in Wuzgen.

Zu den hauptsächlichsten Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung gehört bekanntlich auch die möglichste Rußbarmachung aller der Gesetze, die dem Schutze der Arbeiter dienen sollen. Ganz mit Recht nehmen sich daher die Gewerkschaften bzw. die örtlichen Gewerkschaftskartelle immer mehr der Wahlen an, die in den Krankenkassen zur Bildung der Kassenorgane nötig sind. Selbst auch in den kleinsten Orten, in denen der Hauch der modernen Arbeiterbewegung zu spüren ist, werden von speziell zu dem Zwecke aus Gewerkschaftsvertretern gebildeten Kommissionen oder, sofern ein solches vorhanden ist, von den Gewerkschaftskartellen die Vertreterwahlen durch Aufstellung von Kandidaten, Wahlagitiation usw. vorbereitet und überwacht. Die Erfolge dieser praktischen Gegenwartsarbeit sind auch nicht ausgeblieben. Seitdem die Arbeiterschaft gefunden hat, daß es ein Fehler war, auf die Ausübung der ihnen im Krankenversicherungsgesetz gewährleisteten Rechte zu verzichten und die Verwaltung der Kasse den Unternehmern zu überlassen, hat zweifellos das Krankenversicherungswesen im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten bedeutende Fortschritte gemacht.

Trotz dieser Erfolge kann es natürlich keinen Stillstand geben. Gerade in bezug auf das Krankenversicherungswesen sind noch eine Reihe wichtiger Forderungen zu erfüllen, so besonders hinsichtlich der Schwangerschafts- und Wöchnerinnenfürsorge. Es muß also unsere Aufgabe sein, unseren Einfluß auf die in Frage kommenden Verwaltungskörperschaften noch mehr zu steigern.

Ein Punkt, bei dem in dieser Hinsicht noch in besonderem Maße einzusehen ist, ist die Beteiligung der Frauen an den Vertreterwahlen und in der Besetzung der Verwaltungskörperschaften selbst. Sind doch die Krankenkassen die einzigen öffentlichen Körperschaften, in welchen den Frauen das aktive und passive Wahlrecht zusteht. Nach dem Krankenversicherungsgesetz (besonders § 37) haben die Generalversammlungen sämtlicher organisierter Kassen (Orts-, Betriebs- usw. Krankenkassen) nach näheren Bestimmungen des Statuts entweder aus sämtlichen Kassenmitgliedern, welche großjährig und im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte sind, oder aus Vertretern, welche von den bezeichneten Mitgliedern aus ihrer Mitte gewählt werden, zu bestehen. Die Generalversammlung muß aus Vertretern bestehen, wenn die Kasse 500 oder mehr Mitglieder zählt. In derselben Weise muß der Kassenvorstand zusammengesetzt werden. § 34 sagt darüber, daß die Wahl deselben „aus der Mitte der Kassenmitglieder“ erfolgt. Unter „sämtlichen Mitgliedern“ sind natürlich alle Mitglieder, ohne Unterschied der Staatsangehörigkeit und des Geschlechts, zu verstehen. Selbst die Ausländerin darf sich an den Wahlen beteiligen, wenn sie nur volljährig, also über 21 Jahre alt, ist.

Es ist schon oft gesagt worden, daß diese Regelung ein kleiner Fortschritt ist. Wird doch die Frau sonst von allen Wahlrechten ausgeschlossen, selbst an den Gewerbegerichtswahlen darf sie nicht teilnehmen. Auch gegen die festgesetzte Altersgrenze läßt sich nichts einwenden. Die Männer müssen bei politischen Wahlen das 25. Lebensjahr

können. Mit dem Verlangen, die im Jahre 1908 abzuschließenden Verträge mit den im laufenden Jahre nach Beendigung der großen Aussperrung abgeschlossenen gleichfalls am 12. Februar 1910 ablaufen zu lassen, war der Vorstand des Arbeitgeberschutzverbandes bereits auf der Konferenz in Cassel hervorgetreten, doch wurde dasselbe von den Arbeitervertretern rundweg abgelehnt. An dieser entschiedenen Ablehnung hielten dieselben auch jetzt fest und ließen deutlich genug erkennen, daß die ganzen Verhandlungen eventuell daran scheitern würden.

Von seiten der Arbeitgeber wurde außerdem während der Verhandlungen immer wieder versucht, die Arbeitervertreter aller Städte zur Bekanntheit ihrer Forderungen zu veranlassen, vielleicht mit dem geheimen Wunsche, dieselben alsdann als Agitationsmittel für den Zusammenschluß der Arbeitgeber gegen die Arbeiter ausnutzen zu können. Denn nachdem vorher schon erklärt war, daß wegen der niedergehenden Konjunktur an die Bewilligung irgendwelcher Forderungen nicht zu denken sei, war der lebhafteste Wunsch des Vorstandes des Arbeitgeberschutzverbandes, trotzdem die Forderungen zu hören, jedenfalls sehr verdächtig. Von den Arbeitern wurde dieser Aufforderung keine Folge geleistet, einmal weil dieselben in manchen Städten eine neue Lohnbewegung, also auch eine Kündigung des Vertrages, gar nicht in Aussicht genommen, weiter aber auch die Einladung zu den Verhandlungen teilweise so plötzlich gekommen war, daß eine Verständigung über die Aufstellung der Forderungen gar nicht möglich war. Außerdem wurde von den Vertretern der Arbeiter aber auch gegen die von dem Arbeitgeberschutzverband in letzter Stunde vorgeschlagene Art der Verhandlung Widerspruch erhoben. Sämtliche Städte sollten hiernach an einem Tage in einer entsprechenden Anzahl getrennter Lokale verhandeln, während auf der Konferenz in Cassel vereinbart war, daß die Verhandlungen analog den im letzten Frühjahr stattgefundenen geführt werden sollten. Bei diesen waren die einzelnen Städte nacheinander an die Reihe gekommen und die ganzen Verhandlungen hatten länger als vierzehn Tage in Anspruch genommen. Trotzdem nun diesmal die doppelte Anzahl von Städten in Frage kam, sollten die jetzigen Spezialverhandlungen nach der Meinung des Arbeitgeberschutzverbandes an einem einzigen Tage beendet werden. Es war sicher nicht zu viel gesagt, wenn von seiten der Arbeitervertreter offen ausgesprochen wurde, daß die Verhandlungen auf diese Art lediglich als eine Komödie erscheinen müßten.

Dieser Vorwurf wurde jedoch insbesondere von Herrn Mahardt mit anscheinend ehrlicher Entrüstung zurückgewiesen. Im Gegensatz zu einem seiner Vorstandskollegen, welcher in recht provokatorischer Weise in die Verhandlungen eingegriffen und unter anderem die Kündigung aller Verträge angedroht hatte, schlug Herr Mahardt zum Schluß ziemlich friedliche Töne an und beteuerte, daß es den Arbeitgebern durchaus ernst sei mit ihrer Absicht, den Frieden zu erhalten. Die ungünstige Geschäftslage, die sich bis zum Frühjahr noch mehr verschlechtern werde, mache es ihnen jedoch unmöglich, irgendetwas zu bewilligen, weder Arbeitszeitverkürzung noch Lohnerhöhung. Diese Einsicht müsse auch bei den Arbeitern Platz greifen, wozu die gegenseitige Aussprache hoffentlich beigetragen habe. Es werde sich jetzt empfehlen, die Verhandlungen zu vertagen und später an den einzelnen Orten fortzusetzen; mit jeder Woche würde sich dann deutlicher erweisen, daß die Konjunktur

zurückgeht und deshalb Forderungen nicht erfüllt werden können.

Die Leitfäden für die allgemeine Regelung der Arbeitszeit im deutschen Holzgewerbe, welche der Vorstand des Holzarbeiterverbandes auf der Konferenz in Cassel*) aufgestellt hatte, spielten bei den jetzigen Verhandlungen wieder eine erhebliche Rolle, insoweit es sich um eine Arbeitszeitverkürzung in den zur Verhandlung stehenden Städten handelte. Mit der Verkürzung der Arbeitszeit auf 9½ Stunden und der stoffmäßigen Einführung des Neunstundentages als normale vertragliche Arbeitszeit erklärten die Redner des Arbeitgeberschutzverbandes sich auch diesmal einverstanden. Aber sie beschränkten sich zunächst auf eine in der Hauptsache rein prinzipielle Zustimmung und wollen von einer tatsächlichen Arbeitszeitverkürzung, abgesehen von den wenigen Städten, wo noch 60 Stunden die Woche gearbeitet werden, bei dem diesmaligen Vertragsabschluß nichts wissen. Ja, wenn die Arbeiter bei der Arbeitszeitverkürzung auf eine Erhöhung der Löhne verzichten wollten, dann ließe sich eher darüber reden.

Die Vertreter des Holzarbeiterverbandes erinnerten demgegenüber daran, daß die Vornahme einer Klasseneinteilung der Städte bezüglich der Arbeitszeit vom Arbeitgeberschutzverbande selber vorgeschlagen sei, um einen gerechten Ausgleich herbeizuführen. Nun aber, da die Holzarbeiter in den Städten mit langer Arbeitszeit eine angemessene Verkürzung fordern und bei den neuen Vertragsverhandlungen durchsetzen wollen, falle ihnen der Arbeitgeberschutzverband hindernd in die Arme und drohe mit der Solidaritätserklärung der Arbeitgeber in allen übrigen Städten. Das sei ein großer Widerspruch gegen die fortwährenden Beteuerungen der Friedensliebe und der angeblichen Förderung des gerechten Ausgleichs. Weiter wiesen die Arbeitervertreter darauf hin, daß doch die deutsche Holzindustrie von der Beschränkung der täglichen Arbeitsdauer seither keinen Schaden, sondern nur Vorteil gehabt habe. Der unleugbare Aufschwung der Industrie sei sicher mit auf die größere Leistungsfähigkeit der Arbeiter infolge der Arbeitszeitverkürzung zurückzuführen.

Auf die Drohung mit der Vertragskündigung in allen Städten antworteten die Arbeitervertreter, daß dieser Plan sie weder schrecken noch überraschen könne. Er sei den Arbeitern bereits bekannt gewesen und die Organisation werde ihre Maßnahmen danach einzurichten wissen. Wie bereits in Cassel, so erklärten die Vertreter des Holzarbeiterverbandes auch jetzt ihre Bereitwilligkeit, die zur Verhandlung stehenden Verträge mit angemessenen Verbesserungen und einem einheitlichen Ablauftermin zu erneuern, doch werde das Jahr 1910 abgelehnt und dafür als Ablauftermin entweder das Jahr 1911 oder auch 1912 vorgeschlagen.

Nach mehrstündiger gegenseitiger Aussprache, die in der Hauptsache durch die beiderseitigen Centralvorstände geführt wurde, wollte es schließlich scheinen, als wenn die ganze „Friedenkonferenz“, als welche bürgerliche Blätter die Zusammenkunft schon tagelang zuvor in hochtönenden Worten gefeiert hatten, resultatlos auseinanderlaufen würde. Das schien aber auch den Arbeitgebern nicht erwünscht zu sein, und so kam man zu dem Ausweg, daß die Vertreter der Centralvorstände sich zu einer separaten Sitzung zurückzogen. Diese dauerte recht lange und stellte die im Saale wartenden Städte-

*) Siehe Nr. 46 des „Correspondenzblatt“.